Einzelpreis 15 Pf. Halle, Donnerstag, den 16. Oktober 1919. 30. Jahrgang · Nr. 243

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 16108.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 Mk., vierteljährl. 5,25 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Rüstet zum Parteitag!

Parteigenossen!

Seit unserem Parteitage im März hat unsere Partei einen beispiellosen Aufschwung genommen. Immer neue Massen sind unsern Organisationen zugeströmt; ein reges geistiges Leben pulsiert in ihnen. Das leidenschaftliche Ringen des deutschen revolutionären Proletariats nach Klarheit über die Wege zum Sozialismus spiegelt sich in unsern Parteidiskussionen wider. Die weltpolitische Situation stellt das internationale Proletariat vor gewaltige Probleme, zu deren Lösung unsere Partei in entscheidendem Maße mitberufen ist. Je einheitlicher und geschlossener die Anschauungen in der Partei über die Aufgaben und die Taktik der Partei im nationalen wie im internationalen Rahmen sind, je energischer und sicherer vermag sie den Kampf zur Ueberwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus zu führen. Daher rufen wir die Parteigenossen auf, durch einen

außerordentlichen Parteitag

erneut unser geistiges Rüstzeug prüfen und schärfen zu lassen.

Wir berufen den Parteitag zum

Sonntag, den 16. November 1919,

abends 6 Uhr, nach Leipzig,

ins Hortige Volkshaus ein. Als

Tagesordnung

schlagen wir vor:

1. Geschäftsbericht der Parteileitung. Berichterstatter: Dittmann.
2. Programm und Taktik der Partei. Referent Crispien.
3. Unsere Stellung zur Internationale. Referent: Hilferding. Korreferent: Stoecker.
4. Die Gewerkschaftsbewegung. Referent: Henke.
5. Besondere Anträge.

Die Delegation zum Parteitag

kann nicht mehr nach Reichstagswahlkreisen geschehen, weil diese nicht mehr die Grundlage unserer Organisation bilden. Wir müssen die Mandate auf die Agitationsbezirke nach der Mitgliederzahl verteilen.

Unter Zugrundelegung einer Gesamtmitgliederzahl von 750 000 und einer Delegiertenzahl von 300 entfällt auf je 2500 Mitglieder ein Delegierter. Wir empfehlen nun, in den Agitationsbezirken besondere Wahlkreise mit annähernd je 2500 Mitgliedern zu bilden und die Delegierten durch Urwahlen von den Mitgliedern in besonderen Wahllokalen wählen zu lassen, ein Einsammeln der Stimmen in den Wohnungen oder Werkstätten ist unstatthaft. Große Ortsvereine, denen mehrere Delegierte zustehen, können diese auch, ohne Einzelwahlbezirke zu bilden, zusammen wählen. Wo die alten Wahlkreisgrenzen noch beachtet werden, können sie entsprechende Berücksichtigung finden, eventl. sind mehrere Wahlkreise zusammenzulegen. — Die Delegationskosten sind natürlich in den Bezirken aufzubringen. Vor der Vornahme der Wahlen ist in den Ortsgruppen über die Tagesordnung des Parteitages zu diskutieren und es ist überall zu betonen, daß die sachliche Stellungnahme zu den Problemen, die der Parteitag zu lösen hat, für die Delegiertenwahlen entscheidend zu sein hat.

Anträge zum Parteitage,

die in die gedruckte Vorlage für den Parteitag aufgenommen werden sollen, müssen spätestens am Freitag, den 7. November, in unseren Händen sein.

Mitteilungen über die Wohnungsbeschaffung für die Delegierten in Leipzig werden noch bekanntgegeben.

Parteigenossen! Ans Werk! Nehmt Stellung zum Parteitag, wählt eure Delegierten und stellt eure Anträge! Sorgt dafür, daß auch dieser Parteitag unserer Bewegung einen so mächtigen Impuls nach vorwärts verleiht, wie es der Revolutionsparteitag im März getan hat.

Berlin, den 14. Oktober 1919.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Artur Crispien. Wilhelm Dittmann. Hugo Haase. Wilhelm Koenen. Gustav Laukant. Julius Moses. Anna Rehmitz. Walter Stoecker. Luise Ziez.

Massenkundgebungen der Berliner Arbeiter

Am Dienstagabend fanden in Berlin und Vororten 80 öffentliche Versammlungen der U. S. P. statt, die gegen den ungesetzlichen Belagerungszustand und die Pressefknebelung protestierten. Sämtliche Versammlungen waren überfüllt, so daß zum Teil Nebenversammlungen anberaumt werden mußten; trotzdem fanden Tausende von Arbeitern wegen Ueberfüllung keinen Einlaß. Daraus geht hervor, wie nachhaltig das dreitägige Verbot der Freiheit auf die Berliner Arbeiterschaft gewirkt hat, wie sehr diese neueste Gewaltat Noskes als Provokation aufgefaßt wurde. Das steht fest, das Gewaltsystem der Regierung ist vor allem in den Augen der Berliner Arbeiterschaft gerichtet. In sämtlichen Versammlungen wurde unter stürmischem Beifall eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Immer schärfer werdende innere Krisen, verbunden mit den äußeren Verwicklungen, verlangen Bewegungsfreiheit für die politischen Aktionen des Proletariats, denn nur durch die reale politische Betätigung der Arbeiterschaft kann die nationalistische und militaristische Gefahr bekämpft werden. Einer Regierung, die entgegen den klaren gesetzlichen Bestimmungen den Belagerungszustand aufrecht erhält, sich der Pressevergehen und der Verfolgungen als Mittel im Kampfe gegen ihre politischen Gegner, der Arbeiterschaft, bedient, steht die Arbeiterschaft mit dem allerschärfsten Mißtrauen gegenüber. Sie wird deshalb diese Regierung weiter mit aller Entschiedenheit bekämpfen."

Wir klagen an!

Unser französischer Genosse Henri Barbusse veröffentlicht in der Humanité einen flammenden Aufruf unter der Ueberschrift „Wir klagen an!", in der er die bürgerlichen Regierungen der Entente anklagt, Zaristen wie Koltschak und Denikin zu unterstützen und deutschen Soldaten Waffen zu belassen, damit sie sich zu Helfershelfern der Reaktion in Rußland machen. Das Internationale Konsortium der Imperialisten, Militaristen und Handelsleute kämpfen gegen das sozialistische Regime, das auf Gleichheit aufgebaut sei. Man müsse die menschliche Wahrheit retten, indem man die russische Wahrheit rette. Das Volk müsse endlich wissen, gegen wen es marschieren soll, und es müsse begreifen, daß, wenn es die Reaktion in Rußland stärke, gegen sich selbst arbeite.

Das Münchener Bluturteil vollstreckt!

München, 15. Oktober. (W. T. B.) Der Ministerrat hat das Todesurteil gegen den Hilfsarbeiter Alois Kammerstetter bestätigt. Das Urteil wurde heute nachmittag in Stadelheim durch Erschießen vollstreckt.

•

Die bayerische rechtssozialistische Regierung ist also auch im zweiten Geiselprozeß der barbarischen Auffassung treu geblieben, auf Grund deren sie in Levinè ihren politischen Gegner und die Verurteilten im ersten Geiselprozeß hinrichten ließ. Was sieht es diese Edlen an, daß im Erfurter Programm die Abschaffung der Todesstrafe gefordert wird! — Das ganze Urteil trägt offen den Stempel der Klassenjustiz; denn unter den Angeklagten waren zwei, die überhaupt nicht bei der Erschießung der Geiseln zugegen gewesen sind. Obwohl diese beiden fortgesetzt ihre Unschuld beteuerten, wurden sie zur Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Angeklagten nahmen das Urteil in großer Erregung auf. Die im Zuschauerraum weilenden Frauen mehrerer Verurteilter schluchzten laut auf. Greiner rief in den Gerichtssaal: „Fünfzehn Jahre unschuldig für nichts." Auf die Klassenrichter konnte es natürlich keinen Eindruck machen. Und die „sozialistische" Regierung hat sich ihrer nun durch die Bestätigung der Blutturteile wiederum würdig erwiesen.

•

Hamburg, 15. Oktober. (W. T. B.) Wie die Mittagsblätter melden, wurde in der vergangenen Nacht der 28jährige Bankbeamte Georg Kugler wegen Verdachts der Beteiligung an dem Geiselmord in München verhaftet.

Revolutionsbewegung in der Slowakei.

Berlin, 15. Oktober. (W. T. B.) Der B. Z. zufolge hat die revolutionäre Gärung in der Slowakei und in ganz Oberungarn einen solchen Umfang angenommen, daß die Prager Regierung sich veranlaßt gesehen hat, Peter Hlinka sowie einen großen Teil der slowakischen Führer zu verhaften und die Militärdiktatur zu verkünden. Die Slowakei fordert vollständige Autonomie. Die Bewegung hat bereits auf die Ruthenen in der Karpathengegend übergegriffen. In Szolnva wurde die selbständige karpatho-russische Republik proklamiert.

•

Verschwörung gegen den serbischen Kronprinzen. Aus Agram meldet eine Wiener Korrespondenz, daß dort eine Verschwörung gegen den serbischen Kronprinzen Alexander entdeckt wurde. Aus diesem Anlaß sind mehrere hundert Personen verhaftet worden.

Frechheiten der Ententeimperialisten. Das Organ der englischen Chauvinisten, die Times, schreibt: „Der Rat der Alliierten erörtert Maßnahmen zur Internierung sämtlicher in Deutschland befindlicher bolschewistischer Russen, deren Zahl nach Angaben der deutschen Zeitungen (!) noch mehr als 3000 betragen soll.

Auf Grund der Denunziation der deutschen Regierungs- und Reaktionspresse verlangt die Entente diese Ungeheuerlichkeit. Dabei hat Noske fast sämtliche russischen Genossen auf seine Art interniert.

Die Lügenpest.

Auch ein Beitrag zur Schuldfrage.

Von Paul Neubauer.

Zurzeit schwelgt die bürgerliche Presse aller Länder wieder in Sensationen. Das ist ihr Bedürfnis; diese Art Presse lebt von Sensationen. Gibt es keine, so werden welche gemacht. Aus den Fingern gesogene Kommunistenerhebungen, politische Prozesse, sofern sie sich gegen Linksrevolutionäre richten, dazwischen Greuelgeschichten aus Rußland — nicht etwa aus Armenien! — bilden die dankenswertesten Gebiete für sadistische Reporterphantasien, für jene Leute, die das grauenhafte Völkermorden einen — „frisch-fröhlichen Krieg" nannten. Psychologische Wirkung des 4½jährigen Völkermordens. Denn in 4½ wüsten Kriegsjahren geht die Moral flöten — besonders wenn sie sonst schon nicht gut war. Das vom Professor H. und U. so oft als heilkräftig gepriesene „Stahlbad des Krieges" brachte diese traurige Verwirrung menschlichen — oder tierischen — Geistes zustande. Der sonst dumme, geistsätige und gutmütige Spießer will Blut sehen und sei es nur in mehr als fagwürdigen Zeitungsartikeln. „40 000 Leichen in Kiew" ... und wenn sie hingelogen sind, das ist etwas und die Phantasie kann sich tagelang damit beschäftigen. Eine purpurrote Blutsinfonie rauscht ihm dabei in den Ohren. Die Toten im eigenen Lande, die Tag für Tag der weiße Terror würgt, genügen ihm nicht. Aber geh nach Armenien! Tropf, dort schlachteten die Türken im Frühjahr 1915 über eine Million christliche Armenier! ... Geh nach Galizien! Dort hängten die Oesterreicher über hunderttausend Bürger des eigenen Volkes, bis zu Montenegros schwarzen Bergen standen die k. k. österreichischen Standrechtsgalgen. Geh auf die Meere! wo nächstens noch der wahnsinnige Todesschrei jener zehntausenden Unglücklichen über den Wellen geistert, die man erbarmungslos ersäufte wie einen Sack voll junger Katzen ... Geh nach Belgien! dort deportierte man am Kriege unschuldige Männer und Frauen. Die sich widerspenstig zeigten, stellte man in die Feuerzone, bis sie froh waren, wenn eine verirrte Kugel der eigenen Landsleute sie endlich aus ihrem Sklavendasein riß. Zwar Herr Legien, Generalsekretär der Gewerkschaften und Mehrheits„sozialist", meinte kürzlich, die Belgier hätten ja freiwillig gehen können, um in den deutschen Munitionsfabriken Granaten und Mordwerkzeuge zur Ausrottung ihrer Brüder herzustellen. — Da die belgischen Arbeiter nicht auf Legienschem Niveau standen, so gingen sie nicht freiwillig ... Deportation. Standrecht. Zügelloser Menschenmord unter dem Schein von Gerichtsfarcen. Kultur- und Menschheitsschändung ...

Der Weg all jener Kriegsgötzen, die dem urteilslosen Volke von einer lakaienhaften Presse nach Brauch und Tradition als die „Sieger" und „großen Männer" vorgestellt wurden, damit sie Blut und von Verbrechen! Und solange sie siegten, nahmen sie es gerne auf sich; denn es erhöhte den Nimbus. 100 000 Russen in den masurischen Seen ersäuft ... Im gleichen Verhältnis mit den Bergen an Toten wuchsen die Namen der Heerführer ins „Große und Erhabene". Aber „vom Erhabenen zum Lächerlichen" ist bekanntlich „nur ein Schritt". Oefter aber ist das scheinbar Erhabene nur übertünchte Niedrigkeit!

Das kann vielleicht einmal die Vorrede zu der blutigen Tragödie des Menschengeschlechtes sein, die nun seit fünf Jahren über die Weltbühne läuft, und in der es wenig wirkliche und viel falsche Helden, unkönigliche Kaiser und Könige, viel traurige Ritter, Gesindel und Verbrecher in Generalsuniformen und Diplomatenfrack und Millionenscharen einfältig-dummen Volkes als Mitwirkende gibt.

Jetzt war es einmal zur Abwechslung eine Wiener Sensation, die die Blätter füllte. Damit soll durchaus nicht gesagt werden, daß die Wiener ärmer an Sensationen seien, als die Berliner; denn der ganze wahnsinnige, verbrecherische und gotteslästerliche Weltkrieg war ja zur Hälfte nur eine Berliner und zur anderen Hälfte eine Wiener „Sensation"! —

Es ist eine regelrechte Mohrenwäsche, bei der, wie immer, ein Mohr weiß und ein anderer dafür schwarz gewaschen werden soll. Der weißgewaschene ist Wilhelm II. — er bleibt aber trotzdem noch recht fleckig — und der schwarzgewaschene Herr Berchtold, der zurzeit zur Erholung in der Schweiz weilt. Für die deutsch-monarchistische Sensationspresse ist das österreichische Notbuch nun ein gefundenes Fressen. Sie „beweist" uns abermals — zum wievielten Male? — die völlige „Unschuld" der deutschen Machthaber am Weltkriege und stellt uns Herrn Berchtold als den alleinigen Schuldigen des Weltkrieges vor. Daß das Schuldkonto dieses Mannes an dem größten Verbrechen, das je an der Menschheit begangen wurde, sehr stark belastet ist, ist seit 1914 nichts Neues mehr. Aber wen hat uns die deutsche und auskändische verschwägerte Hofkakaienpresse nicht schon alles als den alleinigen Kriegsschuldigen vorgestellt? Zuerst war es der Engländer Sir Edward Grey — dann die Franzosen Poincaré und Delcassé — endlich der Russe Suchomlinow ganz bestimmt, — und nun ist es zum Schluß der eigene Bundesgenosse Graf Berchtold. — — Immerhin ein lehrreiches Beispiel für die Glaubwürdigkeit der offiziösen Presse und ihrer Zuträger.

Und dann die Telegraphen. — Wenn Lügen heiß machten, dann wären sämtliche deutschen Telegraphendrähte schon in der ersten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191016-11/fragment/page=0001

Kriegswoche geschmolzen! Französische Bomben über Nürnberg — Verseuchung deutscher Brunnen mit französischen Cholerabacillen — Ende Juli 1914 französische Truppen bereits in Belgien und Luxemburg ... und so fort bis zur „Ablehnung deutscher Friedensangebote durch die Ententemächte" — — Rekordleistungen aller Zeit und Völker an Volksbluff! faustdicke, schamlose, hahnebüchene Lügen!!

Daß die Wiener Regierung den Mut fand, endlich die Geheimarchive zu öffnen, ist immerhin anerkennenswert. Im Gegensatz zu der Berliner Regierung, mit jenen Schein- oder richtiger Anti-Sozialisten an der Spitze, die so tief in der Abhängigkeit der alten preußischen Machthaber und bis sich heute übermütiger denn je gebärdenden preußischen Militarismus stehen, und zudem so stark mitschuldig an deren Verbrechen sind, daß sie es niemals wagen werden, den deutschen Kriegsschuldigen vor aller Welt die offene Anklage durch Veröffentlichung der Berliner Geheimakten zuzustellen. Denn über diese Art „Sozialisten"-Regierung und das von dieser Seite zu erwartende Ende des deutschen Revolutionstrauerspieles sind wir uns wohl völlig klar: Musik — Fahnen — Girlanden — Reichswehrparade. — „Heil dir im Siegerkranz" — Einzug der Hohenzollern in Berlin ... Doch getrost! Auch dann ist noch nicht aller Tage Abend gekommen, und auch dieses Festlein wird trotz der Brüderschaft Reinhard-Noske noch einen unprogrammäßigen Verlauf nehmen.

Wenn dann aber einmal die deutschen Geheimarchive von anderer Seite geöffnet werden, so wird sich zeigen, daß Wilhelm II. so stark am Weltverbrechen des Völkermordes belastet ist, wie Berchtold und andere, und daß noch mancher Schuldbuhe heute frech, fromm und frei als Ehrenmann im Lande herumläuft, dessen Hände vom Blut seiner Mitmenschen triefen!

Seien wir doch endlich ehrlich! Der größte Teil des deutschen Bürgertums, jahrzehntelang durch Schule, Erziehung und Presse kriegstoll gemacht, wollte den Krieg, ersehnte ihn und gab seiner Freude bei Ausbruch desselben unverhohlen Ausdruck. Ich reiste in den ersten Mobilmachungstagen aus der Schweiz nach Deutschland. Während in dem kleinen neutralen Lande die Bevölkerung, vom Gebildeten bis zum Bergbauern und Sennen, den furchtbaren Ereignissen mit stillem und tiefem Ernst gegenüberstanden, und eine Stimmung über dem ganzen Lande lag wie in einem Trauerhause, aus dem man soeben einen lieben Toten fortgetragen — wurde in deutschen Städten gejubelt, gegröhlt und gezecht! Das Benehmen eines großen Volksteiles war im Vergleich zu dem furchtbaren Ernst der Stunde würdelos! Man benahm sich wie auf einem Karneval. — Und wie schrieb doch ein alldeutsches Blatt in seiner Sondernummer Waffensegen am 3. August 1914: „Es ist eine Lust zu leben ... Diese Stunde haben wir ersehnt! ..."

Wenn Graf Berchtold die ihm zur Last gelegte Fälschung dem alten, schwachköpfigen Regenten gegenüber begangen hat, um den Krieg mit allen Mitteln zu erzwingen, so ist es genau die gleiche Schurkerei, die Bismarck 1870 mit der Fälschung der Emser Depesche zu gleichem Zwecke vollführt hat. Hätten Deutschland-Oesterreich gesiegt, so hätte man in Oesterreich Berchtold ebenso wie Bismarck in Deutschland für seine Bemühungen um das Zustandekommen des Krieges Denkmäler gebaut. Hoffen wir aber, daß diese Verirrung, Kriegsstiftern Denkmäler zu bauen und sie als Volksheiden zu feiern, endgültig aus der Welt verschwinden wird. Hoffen wir, daß bald die Zeit kommt, da ein freies Menschengeschlecht, das sein Lakaientum und seine Sklavenketten wirklich und nicht nur scheinbar durch einen Flaggenwechsel nach Berliner Muster abwirft, alle jene gekrönten und ungekrönten Kriegsstifter als die wirklichen und größten Schädlinge und Verbrecher an der Menschheit vor ihr freies Volkstribunal zur Rechenschaft und Sühne laden wird! Alle jene fragwürdigen „Edelleute" und Glücksritter von Zufalls Gnaden, die auf Grund ihrer ererbten und anerzogenen Beschränktheit das Recht zu besitzen glauben, das Blut von Millionen Menschen gleich einer wertlosen Masse kaltblütig als Einsatz auf eine schmierige Karte ihres Hasardspieles zu setzen.

Die Menschen mögen's ändern — die Götter tun es nicht!

Verschärfter Belagerungszustand in Oberschlesien.

Aus Breslau wird unterm 15. Oktober gemeldet: Ueber den Industriebezirk ist heute erneut der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden, und zwar als Vorbeugungsmaßregel zu dem für den 16. d. M. angekündigten Generalstreik. Die Verhältnisse in Königshütte haben sich derart zugespitzt, daß wenig Aussicht auf gütliche Beilegung vorhanden ist. Es handelt sich um die weitere Entlassung von 510 Arbeitern und um die Einstellung von vier mißliebigen Meistern. Die Arbeiter waren mit deren Einstellung nicht einverstanden gewesen. Arbeitgeberbund und Hüttenverband haben das Anrufen des Schlichtungsausschusses abgelehnt.

Es ist auch hier, wie immer bei Konflikten zwischen Arbeitern und Unternehmern, die gleiche Geschichte. Die Unternehmer fordern durch ihre Willkür die Arbeiter heraus, lehnen Schlichtungsversuche brüsk ab — und die „sozialistische" Regierung weiß nichts Besseres zu tun, als den verschärften Belagerungszustand gegen die Arbeiter zu verhängen. So sieht die „vollendete Demokratie" im republikanischen Neudeutschland aus.

Die Hungerstreik-Schande!

Zehn Hungerstreiker in Werl!

Die Hungerstreikschande wächst sich zur dauernden Erscheinung in der demokratischsten aller Demokratien aus. Abermals haben in der rheinischen Gefangenenanstalt Werl monatelang gemarterte Schutzhäftlinge zum letzten Mittel gegriffen, um das Verhör oder die Entlassung zu erzwingen. Ein uns verspätet zugegangener Bericht aus Werl vom 10. Oktober meldet uns:

Am Montag, den 5. Oktober, sind von hier festgehaltenen dreizehn Schutzhäftlingen die ersten in den Hungerstreik getreten. Am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag schlossen sich andere an — bis jetzt verweigern zehn Inhaftierte die Nahrungsaufnahme. Von den 13 Schutzhäftlingen sind 11 Berg- oder Industriearbeiter, die nichts anderes getan haben, als unter ihren Kameraden für den Sozialismus zu werben, einige waren Vertrauensleute. Aus Aeußerungen, die sie bei Streiks getan haben sollen, hat man ihnen den Strick gedreht; Spitzel- und Unternehmerberichte haben sie der Militärbehörde als Schwerverbrecher und Gefahr für das Reich denunziert. Seit Monaten geht die Untersuchung, aber keinem von ihnen hat man bisher eine strafbare Handlung nachweisen können. Trotzdem hält man sie als Abschreckung für die übrigen Arbeiter fest. Auch zwei Mitglieder der Sozialisierungskommission für den rheinisch-westfälischen Bergbau (Neuner-Kommission) sind darunter. Ihnen kann nichts anderes vorgeworfen werden, als daß sie als Vertreter der Bergarbeiter die Sozialisierung der Gruben vorbereiten und die wirtschaftlichen Forderungen der Bergleute vertreten sollten.

Die Hälfte der Inhaftierten befindet sich schon sechs Monate in Haft. Gestern wurde einem von ihnen der Haftbefehl für ein weiteres Vierteljahr zugestellt. Man will also anscheinend die Haft bis ins Unendliche ausdehnen. Das hat die Opfer, die seit langem vergeblich öffentliche Anklagen und Verhandlungen fordern, zur Verzweiflung gebracht. Sie wollen lieber zugrunde gehen, als diese Marter der Ungewißheit noch länger tragen. Sie rufen die Arbeiterschaft auf, sie in ihrem Kampfe gegen ein unmenschliches System zu unterstützen.

Verbandstag der Metallarbeiter.

Stuttgart, 14. Oktober.

Der zweite Verhandlungstag

zeigte eine scharfe Spannung zwischen den Anhängern des Vorstandes und der Opposition. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission führte zu langen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen, insbesondere wurden die Mandate von Berlin und Dresden umstritten. Vorher war der Protest der Opposition aus Kassel auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission abgelehnt worden. Der Protest gegen die Berliner Delegation wurde mit Verstößen gegen das Wahlreglement begründet, die aber von der Generalversammlung als unbeachtlich angesehen wurden. Selbst wenn dem Protest Rechnung getragen worden wäre, so hätte das keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des Verbandstages gehabt, weil die Anhänger des Vorstandes nur fünf Mandate gewonnen hätten. In namentlicher Abstimmung stimmte der Verbandstag mit 192 gegen 135 Stimmen für die Gültigkeit der Berliner Mandate.

Schon bei der Entscheidung über die Berliner Mandate zeigte sich, daß die Anhänger der Vorstandspolitik die Absicht verfolgten, die Verhandlungen des Verbandstages zu vergögern. Der Vorsitzende Schlicke wollte die Delegierten mit dem angefochtenen Mandat nicht mit abstimmen lassen, trotzdem durch die vorhergehende Generalversammlung die angefochtenen Mandate stimmberechtigt waren. Das mußte Schlicke auch zugeben. Vorher aber hatte die Generalversammlung schon beschlossen, daß die Inhaber der angefochtenen Mandate Stimmberechtigung haben, bis die endgültige Entscheidung getroffen worden ist. Hatte sich schon bei dem Streit um die Berliner Mandate gezeigt, daß der Vorsitzer Haas (Köln) die Gegensätze zwischen den beiden Richtungen betonte, so trat diese Absicht bei dem Streit um die Dresdener Mandate noch schärfer hervor. Der Vorstand hat die Mandate der Dresdener Delegation kassiert und dafür die bei der Wahl unterlegenen Vorstandsanhänger als Delegierte berufen. Die Mandatsprüfungskommission beantragte, die Entscheidung des Vorstandes aufzuheben. Die Debatte wurde von Vorstandsanhängern unter Führung von Haas mit provozierender Verve geführt. Haas versteig sich zu der Bemerkung, wenn der Antrag der Mandatsprüfungskommission angenommen werde, dann sehe er mit seinen Freunden darin einen flagranten Rechtsbruch. „Um die Teilnehmer an dem Rechtsbruch festzustellen", beantragte Haas auch über die Dresdener Mandate namentliche Abstimmung. Daß dieses Verhalten die Empörung der großen Mehrheit des Verbandstages auslöste, ist selbstverständlich. Trotzdem begnügte sich Dißmann (Frankfurt) damit, die Vorwürfe von Haas entschieden zurückzuweisen, im übrigen aber zu erklären, die Opposition würde sich nicht provozieren lassen. Die namentliche Abstimmung ergab 186 Stimmen für den Antrag der Mandatsprüfungskommission, 142 dagegen.

Damit wäre nach demokratischen Grundsätzen der Streitfall entschieden. Haas und seine Freunde, die sonst als fromme Demokraten (?) auftraten, erklärten jetzt, die Abstimmung sei für seine Fraktion so wichtig, daß die Verhandlungen des Verbandstages bis zum nächsten Morgen vertagt werden müßten, damit sich die Anhänger des Vorstandes verständigen könnten. Damit enthüllte Haas die Absicht, die Arbeit der Generalversammlung zu verschleppen. Bisher ist diese Absicht auch gelungen, denn am Ende des zweiten Verhandlungstages hat sich der Verbandstag noch nicht konstituiert, noch ist kein Bureau gewählt.

Nur der Hinweis, daß der Verbandstag unbedingt sofort zu dem Kampfe der Berliner Metallindustrie Stellung nehmen müsse, vermochte den Verbandstag in der späten Nachmittagsstunde insofern arbeitsfähig zu machen, daß der Berliner Kampf sofort behandelt wurde. Unter dem Druck der Berliner Ereignisse mußte Haas seinen Widerspruch gegen die Weiterberatung zurückziehen. Damit ist die Taktik der Sabotage nur aufgeschoben. Haas hat schon angekündigt, daß auch die Wahl des Bureaus zu einer längeren Auseinandersetzung führen werde. Welche Folgen das Verhalten von Haas und seinen Freunden für den Verbandstag und damit für die Arbeiterbewegung haben kann, wird sich am Mittwoch zeigen; es kann auch Donnerstag werden, ehe der Verbandstag seine Tagesordnung in Angriff nimmt.

Die Behandlung des Berliner Kampfes gestaltete sich zu einer scharfen Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum, der organisierten Staatsgewalt und mit dem Arbeitsminister Schlicke. Was der Redner Rusch (Berlin) vortrug, war für den am Vorstandstisch der Generalversammlung sitzenden Minister Schlicke eine fürchterliche Abstrafung. Schlicke saß dabei mit rotem Kopf, als das Verhalten der Regierung und besonders das Verhalten Schlickes stürmische Zwischenrufe der Generalversammlung auslöste. Rusch zeigte, wie die wirtschaftlichen Kämpfe der Berliner Arbeiter von den Unternehmern mit Unterstützung des sozialgenossischen Ministers zu einer politischen Aktion gestempelt wurden, um damit den Kampf zu diskreditieren. Rusch zeigte weiter, daß die Arbeiterfeinde rücksichtslos durch Versammlungsverbote und das Verbot der Freiheit mit allen Machtmitteln der organisierten Staatsgewalt ohne Rücksicht auf die persönliche Freiheit der Arbeiter und unter Opferung von Arbeiterleben die Kämpfenden niederknüppeln wollen. Rauschs Ausführungen klangen aus in die Aufforderung, dem geschlossenen Willen der Unternehmer den noch viel stärkeren Willen der gesamten Metallarbeiterschaft entgegenzusetzen.

Schlicke versuchte einige Vorwürfe Rauschs zu entkräften. Im übrigen kündigte er eine ausführliche Antwort für Mittwoch früh an.

Ein Kampf um Eisenbahnerrechte.

Im Eisenbahndirektionsbezirk Frankfurt a. M. droht ein neuer schwerer Konflikt auszubrechen. Es handelt sich um die Anerkennung des Verkehrsausschusses als Vertreter der Eisenbahnarbeiter und -Beamten. Im November entstanden, im Februar ausdrücklich anerkannt, müssen die Eisenbahner heute um sein wirksames Weiterbestehen kämpfen. Für Durchführung der „Demokratisierung" ist die Teilnahme des Verkehrsausschusses an den regelmäßigen Präsidialsitzungen gefordert. In diesen Sitzungen werden Verkehrsangelegenheiten, Bau- und Personalfragen, Arbeiterangelegenheiten, soziale Maßnahmen und solche zur Hebung der Produktion besprochen, sowie die entsprechenden Entscheidungen getroffen. Während vom Verkehrsausschuß verlangt wird, zur Hebung der Produktion die hinter ihm stehenden 40 000 Arbeiter anzufeuern, hat man ihm die Teilnahme an diesen Sitzungen verweigert. Die Eisenbahner sind nicht gesonnen, sich eine solche Behandlung gefallen zu lassen. — Am Montagnachmittag kam es bereits zu einem heftigen Protestausbruch. Etwa 5000 Eisenbahner demonstrierten vor dem Gebäude der Direktion. Als die Verhandlungen mit der zur Direktion entsandten Kommission sich wegen deren Unnachgiebigkeit in die Länge zogen, stiegen der Unwille und die Empörung so weit, daß ein großer Teil der Eisenbahner in die Räume der Direktion eindrangen, um sich die Antwort selbst zu holen. Darauf erklärte sich die Direktion bereit, vorläufig alle Forderungen zu erfüllen, dem der eiserne Wille der Eisenbahner selbst hinter der Forderung steht.

Die Direktion versichert in einer öffentlichen Erklärung, an den Rechten der Arbeiter solle nicht gerüttelt werden. Hier handele es sich aber um eine Erweiterung dieser Rechte, die die Direktion nicht selbständig treffen könne, und läßt durchblicken, daß ihrer Meinung nach die Eisenbahner die Opfer einer gewissenlosen und unverantwortlichen Aufpeitschung geworden sind. Der weitere Verlauf wird der Direktion zeigen, daß nicht „Aufpeitscher", sondern der einfachste Wille der Eisenbahner selbst hinter der Forderung stehen.

Neuer Krieg im Baltikum.

Im Baltikum tobt ein neuer Krieg. Hier „bolschewistenverdächtige" Letten — dort zaristentreue Kolischakisten, vereint mit deutschen Landsknechten, die zu den Beständen der Eisernen Division zählen. Diese letzten Formationen haben einen umfassenden Angriff auf die so wie so schon auf den Hund gekommene Stadt Riga unternommen mit dem Erfolg, daß die Stadt brennt! Ueber den Angriff auf Riga meldet ein englisches Blatt, der Daily Chronicle:

„Die Deutschen waren zahlenmäßig überlegen und gut ausgerüstet. Sie verfügten über Artillerie. Schließlich haben die Letten einen Gegenangriff unternommen. Die Deutschen zogen sich darauf mit einer solchen Schnelligkeit zurück, daß die Letten mehrere hundert Gefangene machen konnten und 14 Maschinengewehre erbeuteten, außerdem haben sie ein Panzerauto und einen Zug genommen. Das verlorene Gebiet wurde wiedergenommen und die feindlichen Truppen in ihre ursprünglichen Stellungen zurückgedrängt. Sämtliche Gefangenen waren Bayern; Russen waren nicht darunter. Nachdem die Deutschen wieder Panzerautos herangezogen hatten, unternahmen sie einen neuen Angriff. Der linke Flügel der Letten wurde zurückgedrängt und gegen Mittwoch Mitternacht war Riga gefallen. (Nach neueren Meldungen ist es wieder „verloren" gegangen. Red. Volksbl.) Ein paar gute Schützen mit etwas Kavallerie verteidigten sich, mußten sich aber später auch zurückziehen. Etwa 6000 Mann zogen durch Riga und begaben sich mit ihren Nahrungsmitteltransporten nach dem Inlande."

Wenn die deutschen Truppen Riga erobern, können sie allerdings nicht abtransportiert werden. — Es heißt zwar in einer amtlichen Meldung, daß die Räumung des Baltikums durch die deutschen Truppen, „die den Befehlen der Regierung Folge leisten", mit Ablauf dieser Woche beendet sein werde. Ein beträchtlicher Teil sei aber in russische Dienste übergetreten und habe sich damit dem deutschen Einfluß entzogen.

Es hat demnach noch gar nicht den Anschein, als ob der baltische Augiasstall so bald völlig gereinigt sein würde. Solange indes hier nicht reiner Tisch gemacht wird, bleibt das deutsche Volk von den von der Entente angekündigten Zwangsmaßnahmen weiter bedroht, und wir kommen überdies auch nicht zum formellen Friedensschluß. Ist doch nach einer Times-Meldung die Bekanntgabe des Friedenszustandes mit Deutschland bis zur Erledigung des Baltikum-Konfliktes zurückgestellt worden.

v. d. Goltz noch nicht gegangen!

Wie nach W. T. B. Berliner Blätter melden, ist von dem angeblichen Rücktrittsgesuch des Generals v. d. Goltz an Berliner zuständigen Stellen nichts bekannt. Der General wird in den nächsten Tagen in Berlin erwartet. Erst dann wird man über etwaige Rücktrittsabsichten Mitteilung machen können.

Wie oft wurde der Herr General nun schon „in Berlin erwartet?" Er kommt jedoch weder nach Berlin, noch tritt er zurück, sondern wühlt im Baltikum munter weiter.

Der „Zentralrat" kuscht.

Vor einigen Wochen hatte der Zentralrat der deutschen Arbeiterräte eine neue, auf die Bedürfnisse des kapitalistischen Staates zugeschnittene Wahlordnung für politische Arbeiterräte veröffentlicht, nach der bis zum 30. November d. J. sämtliche Räte neugewählt werden sollten. Auf Proteste gegen diese Wahlordnung antwortete er mit der Geste des starken Mannes. Er ist aber inzwischen kuriert. Die Regierung bewilligte ihm keine Mittel zur Vorbereitung der Neuwahlen, indem sie auf die bevorstehende gesetzliche Neuregelung der gesamten Rätefrage durch die Nationalversammlung hinwies. Als gehorsamer Diener der bürgerlichen Reaktionsgewalt, die sich in der Reichsregierung verkörpert, steckt der Zentralrat den erhaltenen Fußtritt ein und quittiert darüber mit einer Veröffentlichung, der wir folgendes entnehmen:

„Damit aber bis zur gesetzlichen Regelung der Rätefrage keine Lücke entsteht, sollen die aus der Revolution hervorgegangenen, jetzt noch bestehenden Arbeiterräte aufrechterhalten werden. Der Zentralrat hat darüber mit der Reichsregierung verhandelt, und diese hat in einem an die Regierungen der deutschen Länder gerichteten Rundschreiben diesen empfohlen, auf Verständigung und freundschaftliches Zusammenarbeiten mit den noch bestehenden Arbeiterräten bedacht zu sein. Der Zentralrat schließt sich dieser Auffassung an. Er ersucht alle noch bestehenden Arbeiterräte, auf ihrem Posten zu verharren, bis die Arbeiterratsfrage ihre reichsgesetzliche Regelung gefunden hat, und er erwartet, daß die Behörden, im Interesse der ruhigen Weiterentwicklung den Arbeiterräten in diesem Uebergangsstadium keinerlei Schwierigkeiten machen werden."

Möge dem Zentralrat seine ergebene Hoffnung auf die freundliche Duldung der noch arbeitenden Räte durch die Behörden recht lange erhalten bleiben und ihm wohlbehommen. Die Arbeiterschaft pfeift auf Gnadengeschenke von oben herab und wird sich das Recht ihrer Räte erkämpfen. Freilich sehen sie dann etwas anders aus, als ihnen Nationalversammlung und Zentralrat gütigst „genehmigen" wollen.

Kohlennot und Kohlenausfuhr.

Daß die Kohlennot, die so oft mit so heißem Bemühen als eine Folge der „Faulheit" der Arbeiter hingestellt wurde, in hohem Maße auf Verkehrsschwierigkeiten zurückzuführen ist, beweist aufs neue eine Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Weil das zum Abrollen nötige Wagenmaterial nicht gestellt werden kann, geht ein großer Teil der im Bereich des Rheinisch-westfälischen Kohlenindikats geförderten Kohle nach Holland. Es handelt sich um monatlich rund drei Millionen Zentner. Wenn der notwendigste Kohlenbedarf in Deutschland gedeckt wäre, müßten solche Ausfuhren nur begrüßt werden. So aber kann man es unmöglich als einen Gewinn buchen. Um so verwerflicher aber ist es, immer wieder die Bergarbeiter für die Kohlennot verantwortlich machen zu wollen.

Auch aus den sächsischen Steinkohlenrevieren Zwickau und Lugau-Oelsnitz wird von sachmännischer Seite berichtet, daß die Lieferung der Kohlenförderung in den letzten Wochen angehalten hat. Auch dort leidet jedoch die Verladung an der mangelhaften Wagenstellung. Nach der gleichen Meldung beschäftigen sich die dortigen Bergarbeiter sogar mit der Frage, wieder Sonntagsschichten zu befahren, „um durch die erhöhte Förderung eine Belieferung besonders der armen Bevölkerung im Gebirge zu ermöglichen". Weshalb jedoch von den Bergarbeitern Sonntagsschichten befahren werden müssen, um der armen Bevölkerung im Gebirge Kohle liefern zu können, ist nicht einzusehen. Sie hat das gleiche Anrecht auf Kohle, als die übrige. Ist diese Gleichheit bisher nicht anerkannt, so muß es schleunigst nachgeholt werden. Daß der armen Bevölkerung die durch Befahrung von Sonntagsschichten geförderte Kohle besonders zugute kommt, ist eins der schönen Märchen, an denen sich die Oeffentlichkeit nur erbauen soll.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191016-11/fragment/page=0002

Nationalversammlung.

99. Sitzung. Mittwoch, den 15. Oktober.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Der Gesetzentwurf betreffend den

deutsch-polnischen Vertrag

über die Entlassung festgehaltener Personen und die Gewährung von Straffreiheit wird in allen drei Lesungen ohne weitere Aussprache erledigt und angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Haushaltsberatung:

Haushalt des Reichspräsidenten.

Auch dieser wird erledigt. — Hierauf wird die

Aussprache über die Postverwaltung

fortgesetzt.

Abg. Beuermann (D. Vp.): Im Telegramm- und Telephonverkehr müßte das Publikum Selbstzucht üben. Für die Sicherheit im Postverkehr müßte besser gesorgt werden. 80 Millionen hat die Post zahlen müssen für Entschädigungen wegen Diebstahls. **Ausreichende Gehälter müssen der Versuchung steuern.** Der Beamtenkörper hat im Dienste neutral zu sein, **außerhalb des Dienstes haben aber die Beamten politische Meinungsfreiheit.**

Abg. Zubeil (U. S.): Postbeamte, die sich der neuen Zeit nicht fügen können, müssen entfernt werden. **Personal- und Gehaltsreform** müssen zu Ende geführt werden.

Abg. Steinkopf (Soz.): **Auf den Hauptverkehrszentren ist die Arbeitsfreudigkeit zu alter Höhe zurückgekehrt.** Die Hauptsorge aller Angestellten ist die Personalfrage. Die Vorgesetzten müssen ihre nachgeordneten Beamten höflich behandeln. **Den in höhere Beamtenkategorien vorwärts Strebenden muß man den Aufstieg erleichtern.** Die weiblichen Beamten müssen volle Gleichberechtigung haben. Solche, die behufs Verheiratung freiwillig ausscheiden, müssen eine Abfindung erhalten. Das Mitbestimmungsrecht der Beamten muß gewahrt werden, **soweit es** irgend mit der Beamteneigenschaft vereinbar ist.

Abg. Koch-Münster (Ztr.): **Die Personalverhältnisse müssen** gründlich revidiert werden. **Eine gewisse Arbeitsunlust ist vorhanden.** Mit dem Streikgedanken wurde gespielt. Viele Beamte sind der Meinung, daß ihnen mit dem Recht der Vereinigung auch das Streikrecht zusteht. **Aber jedes Spielen mit dem Streik ist zu** vermeiden. Den unteren und mittleren Beamten muß der Aufstieg erleichtert, die Personalreform beschleunigt werden.

Minister Giesberts: Dem Beamtenbeirat ist mehrere Wochen Urlaub erteilt worden, damit er eine Denkschrift zur Personalreform ausarbeiten kann. **Der Aufstieg soll ermöglicht und erleichtert werden.** Ausbildungskurse sollen eingerichtet werden. Der Verkehrsschwierigkeiten werden wir erst Herr werden, wenn wir wieder im Dienste großgewordenes, pflichttreues Beamtenpersonal haben. Die Aushelfer, soweit sie sich nicht zur Uebernahme in den ständigen Dienst eignen, müssen abgehalftert werden. **Bezüglich der Teuerungszulagen können wir** nicht selbständig vorgehen. Doch wird die Postverwaltung ihrerseits keinen billigen Forderungen entgegen sein. **Auch wegen der** Abfindung verheirateter Beamtinnen kann ich nicht allein entscheiden. An den Beamtenausschüssen Aenderungen vorzunehmen vor Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes wäre unpraktisch.

Abg. Renners (Dem.): Die Beamtenschaft rechnet bestimmt darauf, daß gründliche Reformen folgen. Die Beamtenausschüsse müssen auf gesetzliche Grundlage gestellt werden. Das Mitbestimmungsrecht muß kommen.

Abg. D. Mumm (Dn.): Auf dem Gebiete der Wohnungsfrage muß trotz aller Schwierigkeiten Besserung geschaffen werden.

Damit schließt die Besprechung. Der Posthaushalt wird angenommen.

Nächste Sitzung: **Donnerstag 1 Uhr: Interpellation Arnstadt betr. Schundliteratur; Reichsministerium des Innern. — Schluß 6 Uhr.**

Ein Hamsterlager der U. S. P. D.

Durch die gesamte arbeiterfeindliche Presse Deutschlands macht in diesen Tagen eine Notiz die Runde, bei deren Studium jedem das Wasser im Munde zusammenlaufen muß. Sie hat ungefähr folgenden Inhalt: Bei einer Haussuchung anläßlich des letzten Verbots der Freiheit wurde im Berliner Parteibureau der U. S. P. D. ein Hamsterlager von 20 bis 30 Kisten mittleren Umfanges gefunden, die neben Büchsenmilch ausschließl. rationierte Mühlenfabrikate enthielten. Ferner wurde festgestellt, daß bis vor kurzem Speck und Schmalz vorhanden gewesen. Bei der Kriminalpolizei liegt ein amtliches Protokoll vor, aus dem hervorgeht, daß von diesem Parteibureau der Mörder Neurings, der Arbeiter Passin aus Dresden, während seines Aufenthalts in Berlin täglich eine Ration zur Fristung seines Lebens erhielt.

Was ist Wahres an der Geschichte? Die Lebensmittel sind oder waren tatsächlich vorhanden: sie entstammen einer Sammlung für politisch Inhaftierte, die die Regierung schmachvollerweise in den Gefängnissen hungern läßt und denen die Berliner Arbeiter von ihren schmalen Rationen freiwillig Naturalbeiträge zur Verbesserung ihrer Ernährung lieferten. Sie sind also alles andere als ein Beweis für die Hamsterei der „unabhängigen Parteibonzen", sondern nur ein sehr schmackhaftes Denkmal für den Opfermut und Idealismus des Berliner Proletariats.

Die Behauptung, irgendwelche Mörder seien aus diesen Vorräten verpflegt worden, ist glatt erfunden und erlogen. **Irgend ein bürgerlicher Zeitungsschmock hat sie sich aus den schmierigen Pfoten gesogen, um die Berliner Genossen zu diskreditieren. Die Verleumder schließen** eben von ihrer eigenen Praxis der Mörderbeschützung und Verherrlichung — Vogel, Marloh, Runge, Tamschick usw. — auf die ihrer Gegner; **das ist alles.**

Ganz wie bei uns.

Die Wiener Rote Fahne berichtet aus einem Interview mit dem ungarischen Ernährungsminister Ereky folgende Mitteilung über die Haltung der ungarischen Agrarier:

„... Am größten ist der Mangel an Getreide ... Hier muß ich aber bemerken, daß die Landwirte die Requirierungs-Verordnungen überhaupt nicht mehr respektieren. An vielen Orten nehmen sie eine derart drohende Haltung ein, daß die Behörden es nicht wagen, die Requisition durchzuführen."

In Ungarn herrscht bekanntlich nach dem Zusammenbruch der Räterepublik wieder unumschränkt die Bourgeoisie: genau so, wie bei uns. Und demzufolge ist auch die Regierungspraxis drüben wie hüben dieselbe: die frechen Agrarier, die aus nackter Profitgier ihren Lieferungspflichten nicht nachkommen, streichelt man mit beschwichtigenden und bittenden Gebärden mit dem Samthandschuh, **auf die revolutionäre Arbeiterschaft schießt man mit Kanonen und Maschinengewehren.** Diese verschiedene Behandlung entspricht eben dem Wesen der bürgerlich-demokratischen **Verfassung des Klassenstaates.**

Preußische Landesversammlung.

65. Sitzung. Mittwoch, den 15. Oktober.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten. Zur zweiten Beratung stehen

Nachträge zum Staatshaushaltsplan.

Abg. Graef-Pommern (Dn.) bemängelt die Anforderungen für den Haushalt des Staatsministeriums, soweit sie sich auf die parlamentarischen Unterstaatssekretäre und ministeriellen Beiräte beziehen.

Abg. Richter-Neumünster (Soz.): Die Unterstaatssekretäre **sind notwendig, um den Ministerien die Regierungsarbeiten im Wege der Verständigung zu erleichtern.**

Abg. Dr. Schloßmann (Dem.): Wir stimmen den Anträgen zu. **Die Unterstaatssekretäre müssen Ordnung schaffen.**

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Wir sehen in den Unterstaatssekretären **die Bindeglieder der Regierung mit dem Parlament, und in diesem Sinne stimmen wir der Einrichtung zu.**

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.): Diese Unterstaatssekretäre verstehen alle durch die Bank von der inneren Verwaltung nichts.

Abg. Graef-Pommern (Dn.): Die aus dem alten Regime übernommenen Beamten tun durchaus loyal ihre Pflicht. Herr Schloßmann braucht also nicht nach dem zu rufen, der Ordnung schafft.

Die Nachträge werden bewilligt.

Es folgt die dritte Beratung der Ergänzungsvorlage zu den Gesetzen vom 1. April und 4. Juni 1919 zur vorläufigen Regelung des Haushaltes:

Verdoppelung der Zuschläge zur Ergänzungssteuer.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): **Einer Regierung des Belagerungszustandes und der Zeitungsverbote bewilligen wir keine Mittel.**

Ministerpräsident Hirsch: Der Vorredner hat keinen Anlaß, sich zu beschweren. Mit welchen Mitteln haben Sie gekämpft, als Sie die Macht hatten. Ohne den Belagerungszustand wäre es jetzt nicht möglich, ruhig und sachlich die Geschäfte zu führen.

Nach weiterer unerheblicher Aussprache **wird die Vorlage in dritter Lesung und in der Gesamtabstimmung angenommen.**

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. Friedberg (Dem.), im Einvernehmen mit der Reichsregierung sofort Maßnahmen zu treffen, um den durch den schlechten Stand unserer Valuta begünstigten

Schmuggel mit Getreide und Lebensmitteln nach dem Auslande

zu unterbinden.

Abg. Kuhle (Dem.) führt zur Begründung aus: Der Schmuggel mit Lebensmitteln und Vieh wie der Goldschmuggel übt eine geradezu verheerende Wirkung aus. Für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist die Höchstpreispolitik nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Unterstaatssekretär Peters: Die Zollkontrolle an der Westgrenze besteht weiter, wird jedoch durch die Besatzungsbehörden behindert. Unsere Einsprüche blieben erfolglos. **Die Zwangswirtschaft können wir jetzt nicht aufheben.** Das Loch in der Zollgrenze besteht auch im Osten. Gute Erfolge sind aber schon durch die Organe des Grenzschutzes erzielt worden. **Auch die Gegner werden durch die ungesunden Verhältnisse an der Zollgrenze geschädigt.**

Der Antrag wird angenommen.

Eine Reihe von Bittschriften und der Bericht des Landwirtschaftsausschusses werden erledigt. Die Verordnung über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren wird angenommen.

Donnerstag 12 Uhr: Haushalt der Domänen und Gestüte und Landwirtschaft. — Schluß 5½ Uhr.

Notizen.

Ende des Kriegszustandes in Frankreich. Durch ein Dekret des Präsidenten der Republik ist die allgemeine Mobilmachung der französischen Armee mit dem heutigen Tage aufgehoben worden.

Der Zusammenschluß Thüringens. Weimar, 15. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde der Nachtrag zu dem Gemeinschaftsvertrag der thüringischen Staaten, auf den beschleunigten Zusammenschluß der thüringischen Staaten **vorsieht,** einstimmig angenommen.

Weitere Uebung der Einbruchspraxis. Wie die kommunistische Hamburger Arbeiterzeitung mitteilt, wurden am letzten Sonntag bei verschiedenen Mitgliedern der K. P. D. Haussuchungen vorgenommen und Papiere beschlagnahmt. Ferner der Briefkasten des kommunistischen Sekretariats erbrochen und ausgeplündert. — Es scheint allgemach Mode zu werden, durch Organisierung von Einbrüchen bei Widersachern der jetzigen Ordnung das notwendige Verfolgungsmaterial zu bekommen. Unter Wilhelm II. war das nicht üblich. Wir hatten damals allerdings auch noch keine republikanische Verfassung!

Kommunistenangst in Mecklenburg. Dem Lokalanzeiger zufolge wurde am Sonntag in Karow bei Wismar eine Kommunistenversammlung aufgehoben. Bei der Durchsuchung der 44 Personen sei eine Menge „belastendes Material" gefunden. Auch aus andern Städten waren Teilnehmer erschienen. Sechs Personen sind der Staatsanwaltschaft Schwerin zugeführt worden. — Früher herrschte im Lande des Ochsenkopfes der Geist der Finsternis. Es scheint nach dieser Meldung auch unter der „demokratischen" Regierung nicht anders zu sein.

Aus der Partei.

Ein westfälischer Bezirksparteitag

fand am vergangenen Sonntag in Hagen statt. **Anwesend** waren 43 Delegierte, mehrere Vertreter der Presse, je ein Vertreter der Nachbarbezirke Niederrhein, östliches Westfalen, mehrere Redner, vom Zentralkomitee der Genosse Stoecker, zusammen etwas 70 Personen. Der Bezirkssekretär Ludwig berichtete über den Stand der Organisation, die sich außerordentlich günstig entwickelt hat. Während die Mitgliederzahl im Dezember vergangenen Jahres bei Lostrennung des Bezirks vom Niederrhein rst 2000 betrug, ist sie jetzt auf über 38 000 gestiegen, darunter sind 5600 Genossinnen. Der Bezirk zählt jetzt zwei Tageszeitungen. Genosse Ludwig behandelte eingehend alle organisatorischen Fragen. Die Aussprache zeugte von erfreulich regem Leben. Ueberall ist die Organisation in schnellem Wachstum begriffen.

Ueber den kommenden Parteitag referierte Genosse Stoecker. In der lebhaften Aussprache wurde hauptsächlich die Gewerkschaftsbewegung und die Internationale behandelt. Allgemein wandte man sich gegen die im Bezirk besonders stark auftretenden syndikalistischen Strömungen. Solange die bürgerlichen Parlamente beständen, müsse man sich selbstverständlich daran beteiligen und sie mit als Kampfmittel benutzen. Nur müsse bei den nächsten Wahlen bei der Aufstellung der Kandidaten vorsichtiger zu Werke gegangen werden. Man dürfe dabei nicht auf jeden Ort und jeden Kreis Rücksicht nehmen, sondern für die Aufstellung dürfe allein die Eignung und Befähigung der betreffenden Genossen in Frage kommen. Alle Redner wünschten den sofortigen Austritt aus der Zweiten und den Anschluß an die Dritte Internationale, wobei nun allerdings die revolutionären Parteien der Entente mitziehen müssen. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Bezirkskonferenz der U. S. P. D. Westfalens **hält ein** ferneres Zusammenbleiben mit den nationalistischen Sozialreformisten der verschiedenen Länder, insbesondere mit den Rechtssozialisten Deutschlands in der Zweiten Internationale für undenkbar und fordert daher den sofortigen Austritt. Die Konferenz erklärt sich für den Anschluß der Partei an die Dritte Internationale und erwartet von den westfälischen Delegierten, daß sie in diesem Sinne auf dem Parteitage handeln."

Ferner fand folgender Antrag Annahme:

„Die Bezirkskonferenz fordert, daß in Zukunft auf den Parteitagen neben den Vorstandsmitgliedern nur die gewählten Delegierten stimmberechtigt sind."

Haases Befinden verschlimmert? Wie die Freiheit berichtet, hat Genosse Haase die letzte Nacht wiederum sehr schlecht verbracht. Geheimrat Bier, der zur Konsultation hinzugezogen worden ist, beurteilt den Befund des Patienten als sehr ernst, **aber** nicht hoffnungslos. Trotzdem eine starke Infektion der **Wunde** vorhanden ist, will er von einer Operation absehen, da Genosse Haase sehr schwach ist und phantasiert.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: **Karl Bock**; für Halle und Saalkreis: **Gottlieb Kasparet**; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: **Werner Scho em**; für Anzeigen: **Hermann Schade**; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Halle'sche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H.; sämtlich in Halle.

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

28] [Nachdr. verb.]

Er suchte sich zu orientieren. Mitten vor dem Quertisch saß zwischen ordenbesäten Fräcken ein kleiner weißhaariger Herr. Das schien der Minister zu sein. Auch den Geheimen Baurat aus Berlin entdeckte er, der das Arrangement des Festes übernommen hatte. Erstaunt sprang der dicke Herr auf und sah ihn fassungslos an.

„Was! Sie sind angekommen?"

„Natürlich! Haben Sie mein Telegramm nicht erhalten?"

„Nein."

„Ist das der Minister?"

„Jawohl, das ist der Herr Minister."

„Stellen Sie mich ihm bitte, vor!"

„Gewiß! Sofort!"

Der dicke Geheimrat, der im Uebermaß seiner Pflichten und seiner Bedeutung schon jetzt Schweiß vergoß, führte Horstmann an den Stuhl.

Er räusperte sich:

„Hmhm! Exzellenz gestatten! ... Gestatten Exzellenz! Hmhm ... Herr Ingenieur Horstmann."

Der alte Herr, der geträumt oder über seine Rede nachgedacht hatte, erhob sich halb und streckte Horstmann die Hand hin, ohne offenbar eine Ahnung zu haben, wen er begrüßte.

„Wo sitzt meine Frau?"

„Hier, bitte."

Anna war wie aus den Wolken gefallen, als ihr Mann vor ihr stand.

„Du hier?"

Er amüsierte sich über ihr Erstaunen. Um sie zu überraschen, hatte er ihr mit Absicht nicht telegraphiert. Er drückte einen Kuß auf ihre blanke, von frisierten Löckchen halbbedeckte Stirn.

„Das hast du dir nicht träumen lassen! Was? Du dachtest, ich säße noch da unten in dem verdammten Land. Das hätte mir gerade gepaßt! Und wenn mich die Hallunken eingesperrt hätten, ich wäre ihnen durchgebrannt."

„Ja ... ja ..." stammelte sie. „Aber wie siehst du aus? Die Haare hängen dir ja ins Gesicht!"

Sie konnte kaum ihren Schrecken verbergen über sein verwildertes Aeußere und fühlte sich angewidert von seinem alkoholduftenden Atem.

Während sie noch sprachen, kam der Geheimrat wieder.

„Mit Mühe und Not habe ich Ihnen noch einen Platz besorgt lieber Horstmann, einen sehr guten Platz. Da! ..."

Er zeigte die Tafel hinunter.

„Was? Da unten? Aber ich möchte neben meiner Frau sitzen. Hier ... in der Nähe vom Minister."

„Wenn ich nur eine Stunde früher gewußt hätte, daß Sie kommen würden, hätte ich Ihnen einen Stuhl eingeschoben. Aber Sie sehen doch, wie man sich hier quetscht. Kommen Sie nur! Exzellenz wird gleich sprechen."

Er faßte den Ingenieur unter den Arm, und während er ihn mit fortzog, flüsterte er ihm zu:

„Die Stimme des Herrn Minister ist ja auch da unten zu hören, lieber Herr Horstmann."

Die Herren, zwischen die er eingeschoben wurde, waren ihm gänzlich fremd. Nirgendwo in seiner Nähe konnte er einen Bekannten erblicken. Ein Gefühl der Vereinsamung überkam ihn. Als er sich vorbeugte, sah er oben ganz in der Nähe des Ministers wieder den Geheimrat sitzen. Er hatte im Auftrag der Regierung den Bau überwachen müssen und eine ziemlich traurige Rolle dabei gespielt, da er wegen seiner Neigung zu Schwindel nie die Brücke zu betreten gewagt hatte. Zwei Arbeiter hatten ihn führen müssen wie einen Delinquenten. Jetzt blickte er mit seinem roten Flundergesicht so aufgeblasen drein, als wenn er alles selbst gemacht hätte. Nicht weit von ihm saß der Direktor des Eisenwerks. Frau Düsbach war seine Nachbarin. Auch Holleder erblickte er neben Anna.

Er versuchte sich seiner Frau bemerkbar zu machen, nickte ihr zu — sie schien ihn nicht zu bemerken. Plötzliche Wut ergriff ihn. Warum saß er hier? Warum stand er nicht auf und nahm den Platz ein, der ihm gebührte? Er hatte sich ins Bockshorn jagen lassen von dem Geheimrat. Wahrscheinlich hatte der ihm mit Absicht diesen Streich gespielt und das Telegramm unterschlagen. Dann beruhigte er sich. Gleich würde der Minister sprechen, sein Name würde zuerst genannt. Dann würde nicht mehr da oben, sondern hier, wo er saß, der Ehrenplatz sein.

Doch seine Ungeduld wuchs. Er vergaß die ihm nachservierte Suppe zu essen. Den Kellner, der ihn fragte, welche Weinsorte er befehle, hörte er nicht. Warum zögerte man so lange? Er war gerade genug gemartert worden in der letzten Zeit.

Jetzt stand der Minister auf, fuhr sich mit den Fingern durch den schneeweißen Schnurrbart. Trotz des Lärms von draußen herrschte eine eigentümliche Stille, als wenn alle den Atem anhielten. Die Kerzenflammen brannten alle senkrecht. Horstmann schluckte seine Aufregung hinunter und lauschte mit offenem Mund.

Der Sprecher reihte in einen butterweichen Ton die großartigsten Worte aneinander. Er sprach von dem „herrlichen Bauwerk, welches vorbildlich sein möge, daß deutsche Tatkraft und Pflichttreue jedes Hindernis überwinden." Dann führte er aus, daß ein solcher Bau nur in einem geordneten Staatswesen entstehen könne; damit hatte er den Uebergang auf das ruhmreiche Geschlecht der Hohenzollern gefunden. Seine Rede klang aus in einem dreifachen Hoch auf den obersten Bauherrn des Deutschen Reiches, auf seine Majestät den Kaiser.

Alle erhoben sich, die Gläser klangen zusammen, nur Horstmann blieb verträumt sitzen. Erst als sein Nachbar ihn anstieß: „Aber bitte, wollen Sie sich nicht erheben? Seine Majestät! ..." sprang er auf, doch weil er keinen Wein hatte, mußte er mit leerem Glase anstoßen.

Die Musik auf dem Podium spielte „Heil dir im Siegerkranz". Darauf trat wieder ein Kellner hinter ihn und fragte: welche Sorte er befehle? Er bestellte eine Flasche Rüdesheimer. Dann schenkte er sich nicht einmal ein. Auch den Fisch ließ er vorbeigehen. Es war ihm unmöglich zu essen. Gleich Wogen der aufgeregten See wälzten sich die Gedanken in seinem Innern. Warum saß seine Frau dort oben und er hier unten? Wäre es nicht ihre Pflicht gewesen, sich zu ihm zu setzen? Zwei Wochen waren sie getrennt gewesen. Er hatte die furchtbarsten Augenblicke seines Lebens durchgemacht. Hatte sie sich gefreut, ihn wiederzusehen? Hatte sie ihn gefragt, welche Folgen die Katastrophe für ihn gehabt? Wußte sie etwa nicht von den Anschuldigungen, mit denen man ihn überhäuft? Hatte sie seine Briefe nicht gelesen, aus deren dürren Berichten doch etwas von seiner Aufregung herausklingen mußte? Kannte sie die Zeitungen nicht? Und wenn sie wußte, was er alles durchgemacht hatte, wie konnte sie es übers Herz bringen, da oben zu bleiben, ohne ihn mit einem Blick zu streifen!

Während seine aufgerissenen Augen die Tafel hinunterglitten an den langen Reihen der unbekannten Gesichter vorbei, während sie drohend seine Frau anstarrten, die mit ihrem heiteren Lächeln jemandem zutrank, nicht ihrem Mann, irgend einem gleichgültigen Menschen in ihrer Nähe, während sein starrer Blick ihr zurief, sich nach ihm zu wenden, und sie ihn doch nicht bemerkte, nicht bemerken wollte: da tauchte in dieser Minute seiner verwundeten, hellseherisch und mißtrauisch gewordenen Seele die Erkenntnis auf, daß es stets so gewesen war, die ganzen zwei Jahre ihrer Ehe hindurch. Stets hatte sie oben gesessen, im Glanz, im Mittelpunkt, auf dem besten Platz, und stets hatte er unten gesessen, irgendwo im Dunkeln, wo man ihn nicht bemerkte. Unerträgliche Schmerzen ergriffen ihn, während tausend Erinnerungen jäh erwachten.

War es je anders gewesen bei den Gesellschaften, die er in seinem Hause gab? Hatte man ihn je beachtet, je seinen Worten Aufmerksamkeit geschenkt? Hatte er sich nicht immer in den Ecken herumgedrückt, gut genug, um die häßlichste Frau zu Tische zu führen und nachher seinen Gästen die Zigarren zu reichen! Und seine Frau, die ihm alles verdankte, und die jetzt da oben im Kreise ihrer Sippschaft thronte, hatte sie sich je um ihn gekümmert? Wenn er müde von der Arbeit nach Hause kam, hatte er nicht oft genug das Haus leer gefunden, weil sie in Gesellschaft war! Sie hatte es an Respekt vor ihrem Gatten fehlen lassen, an Liebe!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191016-11/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Täglich ½8 Uhr:
Eine Walzernacht.
Optte. v. Dr. H. Bachwitz. Musik v. Rudi Gfaller
5170 Sonntag ¼4 Uhr:
Max u. Moritz.
Kasse 10—1½ u. 4—6.

Husten, Atemnot,
Verschleimung.
Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleid, selbst befreite. Franz Osburg, Zollaufs., Heiligenstadt (Eichsfeld) Promenade 818.
Auch bei Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen Beingeschwüren gerne umsonst Auskunft. Rückmarke erwünscht. *3027

Achtung!

Auf Grund der Verhandlungen mit dem Schlichtungsausschuß ist die Geschäftszeit in unseren Geschäften

an den Sonntagen von 9—12 Uhr,

an d. Werktagen v. 8—1 u. 2½—7 Uhr

5139 festgesetzt.

Perückenmacher, Damen- u. Theater-Friseur-Zwangsinnung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Fleischverkauf.

Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 125 Gramm (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) festgesetzt. Es wird Rindergefrierfleisch ausgegeben. Der Verkauf erfolgt Sonnabend, den 18. Oktober, durch die Fleischer; die Verbraucher beziehen das Fleisch bei den Fleischern, bei denen sie zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Abtrennung der Fleischmarken für die Woche vom 13. bis 19. Oktober. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 125 Gr. 1.20 Mk.

Der Verkauf von amerikanischem Speck

findet am Sonnabend, den 18. Oktober, statt. Es werden 250 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind gegen Abtrennung der Marke 13 der Einfuhr-Zusatzkarte (Speck). Der Verkaufspreis beträgt für 250 Gramm 2,08 Mk.

Städtischer Verkauf von Bienenhonig.

Nachlieferung der 4. Sonderverteilung in der Talamtschule, am Freitag, den 17. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 38 001—46 000 vormitt. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 46 001 bis 56 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jeden Haushalt bis zu vier Personen kann ein Pfund Bienenhonig, für je weitere vier Personen eines Haushaltes kann noch ein Pfund Bienenhonig zum Preise von 7.50 Mk. (einschl. Glas) abgegeben werden. Leere Gläser werden zum Preise von 40 Pf. bei der Firma Max Ott, Steinweg 26, zurückgenommen.

Verkauf von Süßstoff.

Für jede Person eines Haushaltes kann im Oktober ein Brieschen Süßstoff (sogenannte H-Packung) zum Preise von 50 Pf. in den Drogengeschäften oder in den Apotheken käuflich erworben werden. Bei dem Verkauf hat der Verkäufer in der Rubrik „Süßstoff" Spalte 1 des vom Käufer vorzulegenden neuen Lebensmittelscheines den Kauf durch Eintragung des Datums mit Tinte oder angefeuchtetem Tintenstift anzumerken. Weiterhin ist die Marke 416 des Warenbezugsscheines 25 für je ein Brieschen Süßstoff abzutrennen.

Die Ausgabe der Reichsfleischkarten für die Zeit vom 27. Oktober bis 23. November erfolgt in der nächsten Woche in den städtischen Markenausgabestellen.

Merseburg.

Lebensmittel

vom 20. bis 26. Oktober: Auf den Kopf: 100 Gramm Reis zu 44 Pf. auf Bezugsschein Nr. 64, 50 Gramm Graupen zu 5 Pf. auf Bezugsschein Nr. 65, 100 Gramm Nährsuppe zu 21 Pf. auf Bezugsschein Nr. 66. Abgabe der Bezugsscheine: Donnerstag, den 16. Oktober. In den Gast- und Speisewirtschaften ist für Mittagessen Bezugsschein Nr. 64 abzugeben. Einreichung der Forderungsnachweise wie üblich. Verkauf: Nächste Woche Donnerstag bis Sonnabend. Verkauf vorher verboten.

Merseburg, den 14. Oktober 1919.
L. A. II. 2999/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von Butter am Sonnabend, d. 18. Okt.

Es werden zugeteilt: 50 Gramm Butter zum Preise von 60 Pf., auf jede Zusatzfettmarke mit dem Aufdruck „K" 50 Gramm Butter zum Preise von 60 Pf. Fettmarken mit dem Aufdruck „G" sind nur mit 50 Gramm Speiseöl zu beliefern. Auf die Fettmarken mit dem roten Ausdruck „L" ist nichts zu verabfolgen.

Merseburg, den 13. Oktober 1919.
L. A. II. 2974/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Eilenburg.

Städtischer Warenverkauf
für die 43. Kalenderwoche (19. bis 25. Oktober).

Auf Fleischmarke D 5 und 10 (20. bis 26. Oktober): 1 Pfund ausl. Schweinefleisch, 1 Pfund 6,40 Mk., gegen Voranmeldung. Die Voranmeldung hat auf Fleischmarke C 5 und 10 (13. bis 19. Oktober) bis Sonnabend dieser Woche zu erfolgen und werden von sämtlichen Fleischereien entgegengenommen. Bezugsschein 260: ½ Pfund Nährsuppe, 1 Pfund 96 Pf., gegen Voranmeldung bis Sonnabend dieser Woche. Ausgabe für Schweinefleisch: Dienstag nächster Woche. Ausgabe für Nährsuppe: Freitag nächster Woche.

Eilenburg, den 15. Oktober 1919.
*3269 Der Magistrat.

Saalkreis.

Bekanntmachung.

Die Schonzeit für Rehkälber ist von dem Bezirksausschuß auf das ganze Jahr und für alle Reviere des Bezirks ausgedehnt worden.

Halle, den 14. Oktober 1919. 5164
Der kommissarische Landrat des Saalkreises.
J. V. Haase, Rechnungsrat.

Gardinen.

Gardinen-Meterware 100—130 cm breit . . 27.50 23.75	**16⁵⁰**
Gardinen-Meterware 50—70 cm breit . . . 9.25 4.75	**3⁰⁰**
Spannstoffe, schöne Muster 130 150 cm breit . 32.00 28.50	**24⁶⁰**
Gardinen-Mull 70—115 cm breit . . 19.50 12.50	**7⁵⁰**
Etamine, kariert und gestreift 130 cm breit . . Mtr. 30.00 28.50	**27⁵⁰**
Madras, schöne Muster, Ia. Qualit. 130 cm breit . . . . Mtr. 23.00	**21⁰⁰**
Vitragen-Köper, weiß, creme u. gold 80 cm breit 10,75	**9⁷⁵**
Gardinen, abgepasste Fenster (2 Flügel) . . . . Mk. 35.00	**18⁵⁰**
Künstl.-Gardinen, 3 teilig, in großer Auswahl . Fenster 275.00 190.00 160.00	**98⁵⁰**
Halbstores, engl. Tüll u. Erbstüll 175.00 120.00	**98⁰⁰**
Scheiben-Gardinen, abgepasst . . . Stück 10.75 4.85	**3⁴⁵**
Bettdecken engl. Tüll und Erbstüll. 2bettig, nur solide Qualitäten . . . 288.00	**215⁰⁰**
Tülldecken 150×150 cm groß . . 19.50 14.50	**9⁵⁰**
Tüllkanten, englisch Tüll und Erbstüll, 30—50 cm breit . . . . . . Mtr. 9.75 8.25	**3⁹⁰**

Anfertigung und Entwürfe von Gardinen und Bettdecken
in moderner Ausführung im eigenen Atelier.

Bettstellen
für Kinder und Erwachsene in allen Preislagen.

Kleinmöbel
weiß lackiert, in geschmackvollen Mustern und großer Auswahl.

5155

Brummer & Benjamin.

Volkspark, Burgstrasse 27.
Morgen, Freitag, abends 6 Uhr:
Gr. öffentl. Ball.
5160 Die Geschäftsleitung.

Volkspark, Burgstrasse 27
Freitag, den 17. u. Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 Uhr:
Grosser Kabarett-Abend
der Leipziger Varieté-Bühne.
unter Mitwirkung der Kabarettistin, der Hallenserin Frl. Valdini u. der Operettensängerin Frl. Lack er v. Leipziger Stadttheater. Karten zu 1,55 Mk. inkl. Steuer am Vorstellungstage von 10—2 u. 4 8 und im Vorverkauf bei Berthold, Zigarrengeschäft, Gr. Steinstr. 48. 5142

Bratwurstglöckle-Varieté.
Neues Weltstadt-Programm.
Cumberland Experimental-Psychologe.
G. und P. Salg , Elastik-Exzentrik-Akrobaten, Recca-Duo, akrob. Meisterschaftstänzer, und die übrigen neuen Künstler. Neue Posse.
Anfang tägl. nachmitt. 3 Uhr. 5166

B. B.B
Beths Bunte Bühne.
Heute 5143
:: Neuer Spielplan ::

Arbeiter-Schwimmverein Halle a. d. S.
Gegr. 1909. 5144
Sonnabend, den 18. Oktober 1919, in der „Nachtigall" in Burg bei Reideburg:
Kränzchen.
Freundlichst ladet ein Der Vorstand.

Sportklub 1909.
Sonnabend, den 18. Oktober, abends 6 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus: 5165
Kränzchen.
Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Sonnabend, den 18. Oktober 1919,
veranstalt. d. **Mandolin- u. Wander-Abteilung** einen
Jugend- u. Eltern-Abend.
(Alles wird von Jugendlichen ausgeführt.)
Rezitation. — Duette. — Lieder zur Gitarre. Gesamtspiele usw.
5140
Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Konzert-Direktion Siegfried Kummerehl.
Saal der Loge zu den fünf Türmen.
21. Oktober, 10. November, 24. November 1919, abends ½8 Uhr:
Sämtliche Beethoven-Sonaten
gespielt von **Paul Schramm** und Prof. **Gust. Havemann.**
Dauerkarte für sämtl. 3 Abende Mk **7.80** einschl. Steuer.

Thaliasäle: Dienstag, den 28. Oktober 1919, abends 8 Uhr:
Richard Wagner-Abend.
Lilly Hafgren-Waag.
Kammersänger Fritz Vogelstrom.
Am Klavier: **Hermann Büchel.**

Mozartsaal: Freitag, d. 31. Oktober 1919, abends ½8 Uhr:
Heiteres u. Nachdenkliches aus eigenen Werken
von
‚Karlchen' der ‚Jugend'
(Karl Ettlinger).

Karten zu sämtl. Veranstaltungen zu Mk. 5.10, 4.10, 3.10, 2.10 in der Hofmusikalienhandlung **H. Hothan.**

Konzertdirekt. Siegfried Kummerehl, Halle a. d. S.
Mozartsaal, Sonntag, 19. Oktober 1919, abends ½8 Uhr:
Lieder-Abend
von 5147
Emmy Doll.
Am Klavier: **Paul Schramm.**
Grotrian Steinweg-Konzertflügel. Vertr.: R. Koch.
Karten zu Mk 3.10, 2.10, 1.55 bei H. Hothan.

Artisten-Börse. Sonnabend, 18. Oktbr., im „Goldenen Hirsch", Leipziger Str. 63:
Großer Ball *2370
mit humoristischen Einlagen.
Beginn 6 Uhr. Es ladet ein Der Vorstand.

Gasthof Kanena.
Sonnabend, den 18. Okt., abends 7 Uhr:
Landarbeiter-Ball.
*3267 Der Vorstand der Ortsgruppe Reideburg.

Ansichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Stadttheater.
Freitag, den 17. Oktober, Anfang 7, Ende 11 Uhr:
Egmont. 5138
Sonnabend nachm.: **Wilhelm Tell.**
Sonnabend abend: **Sinfonie-Konzert.**

Apollo-Theater.
Täglich abends 7½:
Der liebe Augustin. 5169
Operette v. Leo Fall.
Nicola: D. Löscher a. G.
Augustin: M. Willenz a. G.
Vorverk. 9-1 u. 5-½7.

Thalia-Theater.
Gastspiel des Stadttheater-Personals:
Sonntag, den 19. Oktober, abends 7½ Uhr: 5159
Kümmelblättchen.

Felle, 1111
Kaninchen-, Hasen-, Ziegen- u. Katzen- kauft zu höchsten Preisen
Wilh. Peter, Schmiedstr. 36.

Alle in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen!
Freitag, den 17. Oktober, abends 7 Uhr, bei Köppchen, Unterberg:
Oeffentl. Versammlung.
Tagesordnung:
Unsere Forderungen in den Buchdruckereien.
Zahlreiche Beteiligung wünscht 5171
Die Ortsverwaltung des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

*2376
Bennstedt.
Sonnabend, d. 18. Oktober, abds. 7 Uhr, im Lokale des Herrn Biedermann:
Grosse öffentl. Volksversammlung.
Referent: Parteisekretär Gen. Güth-Eisleben.
Genossen und Genossinnen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es dringend nötig, daß alle erscheinen. Niemand bleibe zu Hause. Auf, in die Versammlung. **Der Einberufer.**

Sozialdemokr. Verein U. S. P. D.
Distrikt Kötzschau.
Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, bei Plato:
Mitglieder-Versammlung.
Zahlreiches Erscheinen wünscht *2374
Die Distriktsleitung.

Verein Gesundheitspflege
Freitag, den 17. Oktober cr., abends ½9 Uhr, in der Aula des Reform-Realgymnasiums (Friesenstrasse):
Dr. med. Bohn-Halle: *3260
Oeffentlich. Vortrag:
Schutz gegen ansteckende Krankheiten und Wert der Impfungen nach den Lehren des Krieges.
Nichtmitglieder 50 Pf. Eintritt.

Konsumverein f. Döllnitz i. Saalkr. u. Ug.
Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.
Freitag, den 17. Oktober 1919, abends 7 Uhr, im Gasthof zum goldenen Stern zu Döllnitz:
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates; Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Festsetzung der Entschädigung an die Verwaltung.
4. Ersatzwahl für die ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder.
5. Antrag des Genossen Alwin Junghanns: Verschmelzung mit dem Allgemeinen Konsumverein Halle a. S.
6. Geschäftliches.

Der Vorstand.
Johannes Hellwig. Wilhelm Fischer. Franz Teichmann. *3172

Zu kaufen gesucht:
EICHEN
rund und geschnitten A- und schlanke B-Ware jedes Quantum ab jeder deutschen Station für jetzige und spätere Lieferung. *2875
Auch in Buche, Linde, Ahorn, Birke, Esche, Ulme, Kirsch- und Birnbaum haben wir Bedarf.
Ferner benötigen wir Schnitt- und Bauhölzer in Kiefern, Fichten, Tannen und Erlen.
Nähere Angaben bezüglich Stärkeeinteilung, Durchmesser, Preise usw. erbitten umgehend
M. & H. Wuesthoff, Holzgroßhandlung,
Düsseldorf, Hohenzollernhaus.

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Nähmaschinen, Fahrräder,
erstklassige Fabrikate.
Spezial-Reparaturwerkstatt für Nähmaschinen, Fahrräder und Grammophone aller Systeme, Oele — Ersatzteile — Nadeln.
Gummibereifung, pa. Naturgummi, Garnit. 185 M.
Wilh. Weinholz, Mechaniker,
Halle a. d. S., Schulstr. 13. 4789

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191016-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 16. Oktober 1919

Das Hallische Schulwesen und das Schulkompromiß.

Wie werden sich nun die Schulverhältnisse in der Stadt Halle gestalten, wenn das Kompromiß in allen Konsequenzen durchgeführt wird? Nach dem Verwaltungsbericht der Stadt Halle für das Jahr 1914, bearbeitet im Statistischen Amt, gab es am 1. Februar 1915 18 848 **evangelische Volksschulkinder und 848 katholische.** (Die Hilfsschule hatte 347 Kinder.) An den evangelischen Volksschulen waren tätig: 18 **Rektoren, 269 Lehrer,** 87 Lehrerinnen, 54 technische Lehrerinnen. **Für die Katholiken ist bisher eine besondere katholische Schule unterhalten.** (Rektor Splett), mit acht Knaben-, 8 Mädchen- und 4 gemischten Klassen; an dieser Schule gab es 1914: 12 Lehrer, 9 Lehrerinnen und Rektor Splett. S. 205 sagt der Bericht, daß in diese Schule auch aufgenommen wurden, „**die in den umliegenden Ortschaften wohnenden katholischen Kinder,** denen unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs der Besuch der hiesigen katholischen Volksschule gestattet wird". Da sehen wir also klar, daß das Zentrum seine Schulpforten schon längst sehr weit öffnete! Die Mittelschule in Halle, sowie alle höheren, gewerblichen und Fortbildungsschulen sind Simultanschulen (alle Konfessionen vereinigen sie), **in den Volksschulen allein trennt man die Konfessionen!** Warum? Auf Grund der neuesten bisher unveröffentlichten Aufstellung der Städtischen Schulverwaltung gibt es heute 18 206 Volksschulkinder in Halle, das sind gegen 1915: 1490 Kinder weniger, so daß also etwa 1½ Schule bis jetzt eingegangen ist. Unter diesen 18 206 Volksschulkindern gibt es a) evangelische: 17 267, b) katholische 796, c) jüdische: 11, d) Dissidenden und Freidenker: 132. Die Mittelschulen besuchen 5810 Kinder aller Konfessionen und die höheren: 3038 Schüler. Es meldeten sich **nach der Revolution vom Religionsunterricht ab: 1 höherer Schüler** (ein einziger!), **3 Mittelschüler, 7 Volksschüler** (in der ganzen Provinz insgesamt 438, in Magdeburg 104!).

Nach dem **Kompromiß** hätte nun also in Halle eine jüdische einklassige Winkelschule ihre volle Berechtigung. Außerdem dürfen die 132 Dissidenten und Freidenker ihre eigene Weltanschauungsschule beanspruchen, sobald die Erziehungsberechtigten übereinkämen, diese zu fordern. Es wäre dann die Einrichtung der weltlichen Schule notwendig etwa mit drei Klassen! Für diese müßte nach dem Muster der sächsischen Lehrpläne aber ein besonderer Lehrplan erst noch geschaffen werden, desgleichen müßten besondere Lehrbücher verfaßt werden. Außerdem macht sich der Mangel an geeigneten Lehrkräften stark bemerkbar.

An den Volksschulen unterrichten gegenwärtig 836 Lehrer; an den Mittelschulen 96; an den höheren Schulen: 74 Oberlehrer und -lehrerinnen, 39 Elementarlehrer. Unter den Volksschullehrern gibt es: a) evangelische 318, b) katholische 23, c) jüdische —, d) Freidenker —.

Die Erteilung des **Religionsunterrichts** in Halle lehnten ab: — **Volksschullehrer** (111). So würde sich für die dreiklassige weltliche Winkelschule in Halle — nach dem neuesten Stand der Ermittelungen — kein Lehrer aus Halle finden, man müßte sich denn schon an die sächsische Lehrerschaft wenden, die aber auch bereits über den Mangel an Lehrern für weltliche Schulen klagt, sind doch die Lehrerseminare in Deutschland alle konfessionell! Nach den letzten Konsequenzen des Schulkompromisses von Weimar haben also in Halle in Zukunft Berechtigung: evangelische Volksschulen, die katholische Volksschule, eine jüdische einklassige Volksschule mit 11 Schülern und eine dreiklassige weltliche Freidenkerschule mit 132 Schülern. Außerdem kann nebenher von einer großen Gruppe Erziehungsberechtigter gefordert werden: Simultan-Volksschulen, in denen alle Bekenntnisse vereinigt werden, und endlich — große, allgemeine sozialistische Volksschulen, **von der gesamten Arbeiterschaft gefordert!**

Da aber weder für eine **besondere jüdische Winkelvolksschule,** noch für eine dreiklassige Freidenkerschule, noch für die sozialistische Schule in Halle geeignete Lehrkräfte, sowie ordentliche Lehrpläne, Lehrbücher usw. in kürzester Zeit zu beschaffen sind, da ferner die Zeit für die schwere Aufklärungsarbeit der Eltern viel zu kurz bemessen ist, so wird für Halle genau so wie in Bayern nur die Beibehaltung der konfessionellen oder die Einführung der Simultanschule in Betracht kommen. Woran liegt das? Das Ministerium Haenisch hat ja noch nach einem Jahr **nicht einen einzigen Schritt für die Einführung der weltlichen preußischen Volksschule** getan; die Lehrervorbildung ist noch heute konfessionell geblieben. Wenn da die Sozialdemokratie, die vollständig von den Regierungssozialisten im Stich gelassene Arbeiterschaft unter diesen Umständen heute für **die sofortige Einführung der weltlichen Schule** stimmen würde, es würde keine Möglichkeit in Preußen bestehen, aus allen diesen angeführten Gründen, **auch in Halle nicht,** diese ihre berechtigte Forderung **in die Wirklichkeit umzusetzen. Den Schaden würden nur die Kinder selbst erleiden.**

Das einzige, was in dieser kurzen Zeit leider nur erreicht werden kann, das ist die Simultan-Volksschule. Fort mit **der Zentrumsschule von Rektor Splett.** Kann die weltliche Schule von heute auf morgen **dank der Unfähigkeit, der Rat- und Tatlosigkeit des sozialistischen Ministers Haenisch** noch nicht eingeführt **werden,** nun, so **sollen wenigstens von nun ab alle Bekenntniskinder und bekenntnislosen Kinder gemeinsam** in Simultan-Volksschulen unterrichtet werden, genau so wie **alle höheren** Schüler. Die Ausgaben von 94 717,98 **Mk.** (1915) für **eine besondere katholische Konfessionsschule** können gestrichen werden. **Die Simultanschule** wird dann bald **das Sprungbrett bilden zur sozialistischen Einheitsschule.** So liegen **die Verhältnisse in Halle ähnlich wie in Bayern.**

Mögen die Erziehungsberechtigten in der kommenden Zeit auf die **Schule achten.** Es ist **nicht gleichgültig,** wie sich die **Schulverhältnisse in Halle** gestalten.

Wir hoffen aber, mit all diesen wertvollen statistischen Angaben allen Eltern einen genauen Ueberblick über das Kräfteverhältnis der Konfessionen und Weltanschauungen in Halle gegeben zu haben. Fordert die Arbeiterschaft durch Wahl der erziehungsberechtigten Eltern **die sofortige Einführung der weltlichen Volksschule in Halle, können mit demselben Tage ihre Kinder nicht mehr unterrichtet werden, weil eine weltliche Volksschule in diesem Jahre noch nicht eingerichtet werden kann.** Es sind **keine Lehrer dafür vorhanden, und die bisher gebrauchten Lesebücher, Realien- und Rechenbücher, die Sprachbücher, weisen Tendenzen auf und gehen von Voraussetzungen aus,** die **dem Charakter der weltlichen,** sozialistischen Schule geradezu widersprechen.

Klarheit tut not! Denn nur die Wahrheit kann uns freimachen!!

Genosse Professor Dr. Werkmeister-Stettin

spricht heute abend 8 Uhr im Volkspark über:

Sozialistisches Schul- und Bildungswesen.

An alle, denen **das** Wohl und die Zukunft unserer Kinder am **Herzen** liegt, ergeht hiermit nochmals die dringende Aufforderung, zahlreich und pünktlich zur Stelle zu sein. Ehrlicher Wille und das Bemühen, dem Erziehungswesen auf den Grund zu gehen, sollen Referat und freieste Diskussion, die garantiert wird, leiten.

Verpachtung städtischer Güter.

Das Rittergut Beesen vom Magistrat verpachtet ohne Mitwirkung der Stadtverordneten.

Allseitig dürften wohl noch die großen **kommunalen Sünden bekannt sein, die uns die Aera des Hallischen Kommunalliberalismus** gebracht hat. Tausende, Zehntausende, ja Hunderttausende mußten für Erwerbung fiskalischen und privaten **Grundbesitzes** mehr ausgegeben werden, weil mit Ankäufen gezögert wurde, die viele Jahre früher hätten abgeschlossen werden können. **Wir erinnern** nur an den Ankauf der Ziegelwiese, des Amtsgartens, von Schmelzers Garten, der Klausberge und vieler anderer Objekte. Aehnlich lagen die Verhältnisse mit der Erwerbung der elektrischen Straßenbahn. Diese viel zu späte Erwerbung hat viele Millionen Mark Mehrkosten verursacht. Und jahrzehntelang haben wir infolgedessen hundertausende **Mark Zinsen** mehr zu zahlen, als dies sonst nötig gewesen wäre.

Und dabei **haben** wir die Ziegelwiese **noch nicht einmal in voller** Abrundung erhalten. Die ganze Südspitze in Größe von mehreren Morgen ist dem Universitätsfiskus verblieben. Hier tummelt sich die studentische liebebedürftige Jugend, während von der Nordspitze sich die bettelarme Jugend in verstohlener Weise einige Hände voll Gras rupft für ihre Kaninchen und Ziegen. Welcher ungeheure Kontrast! Ganz besonders wenn man in Betracht zieht, daß es Angehörige derselben Gemeinde sind.

Trotz dieser bis in die höchsten Kreise der kommunalen Behörden bekannten Gegensätze und gemachten Erfahrungen ist man doch wieder drauf und dran, in die alten liberalen Sünden zu verfallen. Hat doch der **Magistrat** vor nicht allzulanger Zeit, just zu derselben Zeit, wo die Stadtverordnetenwahlen für ungültig erklärt waren und die Bürgerschaft keine kommunale Vertretung hatte, die Gelegenheit wahrgenommen, das Rittergut Beesen, dessen Pachtzeit am 24. Juni 1920 abläuft, neu zu verpachten. Der Pachtvertrag ist abgeschlossen mit einem Oekonom Arnicke aus Kröllwitz, und zwar zu annähernd denselben Pachtbedingungen, wie sie mit dem gegenwärtigen Pächter, Oekonom Oskar Hand, vereinbart sind. Der jährliche Pachtpreis soll 14 000 Mk. betragen; hierzu tritt noch die Bedingung, daß der neue Pächter Arbeiterwohnungen zu bauen hat und einige andere weniger bedeutungsvolle Sachen zu regeln verpflichtet ist. Heute, wo **das Volk** hungert, wo die städtische Bevölkerung keine Kartoffeln hat, wo es unseren Säuglingen an Milch fehlt, da wagt es der Magistrat, städtische Güter selbständig zu verpachten, damit sich andere bereichern können, während die Industriebevölkerung der Großstadt Halle darbt! Ist das demokratisch, ist das liberal?

Was könnte mit dem Rittergut Beesen begonnen werden? Neben 700 Morgen Acker besitzt das Rittergut etwa 300 Morgen Wiese, Hutung und Weide. Direkt anschließend an das Wiesengelände des Rittergutes befindet sich die früher Schaafsche, jetzt im städtischen Besitz befindliche Ziegelei mit einem Besitz von etwa 125 Morgen Wiesengelände, von denen ebenfalls 80 Morgen nutzbar sind. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß in nächster Nachbarschaft noch das Gelände erweitert bzw. abgerundet werden könnte, so könnte hier ein ganz anständiger Wiesenkomplex im Gemeindebesitz zur Viehtwirtschaft verwendet werden, und die Stadt Halle wäre in der Lage, sich Hunderte von Milchkühen selbst zu halten, wenn die Bewirtschaftung in rationierter Weise betrieben würde. Vielen Säuglingen wäre geholfen und dem Grundsatz: „Mehrung der Volkskraft", könnte Rechnung getragen werden.

Leider hat es der Magistrat in seiner bekannten Selbstherrlichkeit wieder mal anders beschlossen. **Ohne Wissen und Willen der Stadtverordneten hat er das Rittergut verpachtet.** Ja, nicht einmal nachträglich hat er den Vertretern der Bürgerschaft Mitteilung gemacht. Ein derartiges Gebaren fordert **den stärksten Protest** heraus, **dies um so** mehr, weil diese Umstände in einer Zeit passiert sind, in der die demokratischen Grundsätze so über alle Maßen gepriesen werden. In einer Zeit, in der man drauf und dran ist, alles mögliche zu kommunalisieren, dürfen städtische Güter beileibe nicht in eigene Bewirtschaftung genommen werden. So will es eben der Magistrat. **Was werden die Stadtverordneten zu dieser neuen Ungeheuerlichkeit des Magistrats sagen?**

—brg.

---

* **Elternabend im Volkspark.** Morgen, Freitag, abends 8 Uhr, findet im Volkspark nochmals ein Elternabend über Berufsberatung statt. Es kommt diesmal darauf an, wirklich gangbare Wege zum Erfassen eines Berufs zu zeigen. Frau Lorentz vom weiblichen Arbeitsnachweise wird durch einen Vortrag über: **Wege zu den weiblichen Berufen** den Abend einleiten. Anschließend daran soll rege Aussprache für jedes sorgende Elternherz wirklichen Rat für Knaben und Mädchen erbringen. Der Eintritt ist frei! Den Arbeitereltern kann der Besuch dringend empfohlen werden.

* **Wiederaufnahmeverfahren im Klüber-Prozeß?** Am 2. März hatte eine durch den Einzug der Noskettruppen erregt gewordene Volksmenge den Oberstleutnant v. Klüber in die Saale geworfen und ihn durch Schüsse getötet, nachdem er sich schon aus dem Wasser gerettet hatte. Das Hallische Schwurgericht hatte den Militärinvaliden Otto Bauer aus Eisleben zum Tode, mehrere andere Mitangeklagte zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Das Urteil ist, wie bereits berichtet, vom Reichsgericht bestätigt und damit rechtskräftig geworden. Der Genosse Abg. Christange hat sich am Dienstag sofort zum Justizminister begeben, um zu verhindern, daß Voreiliges geschieht. Der Minister hat eingehende Prüfung zugesagt und auch Verständnis für das ganze Milieu gezeigt, unter welchem die Tat und das Urteil möglich war. Weitere Kreise halten Bauer durchaus nicht für den Mörder und es besteht Aussicht, daß ein Wiederaufnahmeverfahren angeordnet wird. Es wollen sich deshalb alle diejenigen melden, die neue Tatsachen beibringen können, die diese Meinung bestätigen. Alle sachdienlichen Angaben sind umgehend an Abg. Christange, Berlin, **Landesversammlung** zu senden.

* **Walhalla-Theater.** Erstaufführung der Walzernacht, Operette in 3 Akten von Hans Bachwitz und Bruno Decker. Das Libretto ist ganz flott geschrieben, wenn auch nicht von besonderem Inhalt. Mit naturalistischer Genauigkeit sind die Angehörigen einer dekadenten, hochfeudalen Gesellschaftsklasse charakterisiert, deren Lebensanschauung in dem Refrain gipfelt: „Ich seh' mir die Welt nur durch ein Sektglas an!" Im Mittelpunkt des Stückes steht eine tolle Faschingsnacht, die Wiener „Walzernacht", in der sich nach allerlei Wirrnissen zwei aristokratische Liebespaare am Ende doch „kriegen". Nach dem zweiten Akt, der den Höhepunkt der Aufführung bildete, konnte der anwesende Komponist, der das gutbesetzte Orchester selbst leitete, den Dank des Hauses auf offener Szene entgegennehmen. Die Musik ist leicht und gefällig, es fehlen ihr zu ihrem eigenen Vorteil die sonst so beliebten ausgesprochenen „Schlager". Das ausverkaufte Haus klatschte und trampelte nach den Aktschlüssen und auch bei besonders wirksamen Stellen frenetisch Beifall, ein Zeichen, daß das Stück dem Publikum gefällt.

J.

* **Wertpaketdiebstahl bei der Post.** Am 11. Oktober sind auf bisher unaufgeklärte Weise zwei Wertpakete im Gesamtwert von 19 000 Mk. abhanden gekommen. Beide Pakete kamen von Pforzheim und waren nach Rathenow bestimmt. Der Inhalt der beiden Pakete bestand aus: 6 Rollen Doubleedraht, 3000 Stück Doubleebrillenbacken, 7430 Stück Doubleehäkchen, 6 Stück Tripleblech. Vor Ankauf wird gewarnt. **Wer irgendwelche Angaben machen kann, wird gebeten,** diese der Kriminalpolizei mitzuteilen.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, kommt das Singspiel Hannerl zur Aufführung. Freitag, Anfang 7 Uhr, geht Goethes Egmont in Szene. Sonnabend, nachmittag 3 Uhr, Schülervorstellung Wilhelm Tell; Sonnabend, abends 8 Uhr, findet das erste diesjährige Sinfonie-Konzert unter Leitung von Fritz Busch, erster Kapellmeister am Württembergischen Landestheater in Stuttgart statt. Zur Aufführung gelangt die berühmte Ouverture Leonore Nr. 2 von Beethoven, Suite in H-moll für Streichorchester, Flöte und Cembalo von J. S. Bach, IV. Sinfonie E-moll von Brahms. Sonntag nachmittag 3½ Uhr Fremdenvorstellung: Die Rose von Stambul, Sonntag abend: Carmen. Montag: Die Zauberflöte.

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 7½ Uhr, durch das Personal des Stadttheaters das Lustspiel Kümmelblättchen von Robert Overweg zur Aufführung.

* **Zentralstelle zur Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder in der Schweiz.** Die in der vergangenen Woche aus der Schweiz zurückgekehrten **Kinder** sollen sich Sonnabend, den 18. Oktober, vormittags 8 Uhr im **Gesundheitsamt,** Schmeerstr. 1, mit dem Gesundheitsbogen vorstellen.

* **Ein gemeingefährlicher Schlafstellendieb** hat gestern Nachmittag einem armen Arbeiter aus seinem in der Bertramstraße 21 a belegenen Zimmer seine ganze Habe gestohlen. Entwendet worden sind vier Anzüge, sowie sonstige Bekleidungs- und Wäschestücke. Der Geschädigte bittet, bei Verkaufsangeboten vorsichtig zu sein und ihm bei der Wiedererlangung seiner Habe behilflich zu sein. Der Spitzbube ist ein Arbeiter Baarmann, der in Merseburg oder den Leunawerken gearbeitet hat. — In letzter Nacht wurde die Schaufensterscheibe einer Lebensmittelhandlung im Steinweg eingeworfen und von der **Auslage** drei Tafeln Schokolade im Werte von 30 Mk. gestohlen.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeiger.

Volkspark. Freitag, den 17. und Sonnabend, den 18. **Oktober** abends 8 Uhr, findet ein großer Kabarett-Abend der Leipziger Varieté-Bühne statt, unter Mitwirkung von Frl. Valdini und der Operettensängerin Frl. Lackner vom Leipziger Stadttheater. Ein Besuch dieser Veranstaltungen ist bestens zu empfehlen. Karten zum Preise von 1,55 Mk. sind am Vorstellungstage von 10—2 und 4—8 Uhr und **im** Vorverkauf bei Berthold, Zigarrengeschäft, Gr. Steinstr. 48, zu haben.

Ein Lichtbildervortrag findet heute, abends 8 Uhr, im Volkspark statt. Genosse Architekt Knauthe spricht über: Kampf den Kultursünden. Eintrittsgeld beträgt für Erwachsene 50 Pf., für Mitglieder der Freien Jugend 20 Pf.

Sämtliche Beethoven-Sonaten an drei Abenden **im Saal** der Loge zu den fünf Türmen (Albrechtstraße). Paul Schramm und Professor Gustav Havemann haben sich zum Sonatenspiel zusammengetan und werden sich zuerst mit Beethoven vorstellen. Dauerkarten für sämtliche 3 Abende, von denen der erste bereits **am 21. Oktober** stattfindet, sind zu 7,80 Mk. bei H. Hothan zu haben.

Westewitz. Parteigenossen! Sonnabend, den 18. **Oktober,** abends 8 Uhr, in dem Lokal des Herrn Schaaf in Westewitz: Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig.

Könnern. Parteiversammlung. Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Bürgergarten: Versammlung der **Mitglieder der U. S. P.** Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Aus der Provinz.

Die Tarifverhandlungen für das mitteldeutsche Braunkohlengebiet.

Noch immer sind die Verhandlungen nicht zum Abschluß gekommen. Um die Forderungen der Bergarbeiter wird **in einer Weise gehandelt und gefeilscht,** die einen ehrlichdenkenden **Arbeiter** anwidert. **Die Unternehmer beherrschen vollständig die Situation.** Die Vertreter **des Bergarbeiterverbandes** lassen jedes energische Handeln vermissen, **die Hände** sind ihnen anscheinend von oben herab zu fest gebunden. **Die** Interessen der Bergarbeiter werden eine nach der andern **verkauft** und verschachert. Leider haben sich auch eine Reihe Belegschaftsvertreter einseifen lassen und beteiligten sich an diesem **Kuhhandel.** Die **Verhandlungen** werden im Geiste der **Arbeitsgemeinschaft** zwischen **Kapital und Arbeit** geführt; die einfachsten **Grundsätze** der klassenbewußten Arbeiterschaft werden vollkommen außer **acht** gelassen. Für eine Lohnerhöhung sollen den Arbeitern **durch einen** sogenannten Rahmentarif Bestimmungen auf**oktroyiert werden,** welche die Aktionsfähigkeit der Bergarbeiter vollständig lahmlegen. Durch den Rahmentarif werden die radikalen Reviere an die weniger revolutionären gefesselt. Unbeschränkt wird **dadurch** das Kapital über die Bergarbeiter in Zukunft herrschen **können.** Aber noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Die Belegschaften werden selbst zu entscheiden haben, ob der Vertrag in Kraft tritt oder nicht.

Wittenberg-Schweinitz.

Am Sonntag, den 12. Oktober, tagte in Wittenberg **eine Distriktsleiter-Konferenz** der U. S. P. für die Kreise Wittenberg und Schweinitz. Der Kreisvorsitzende Genosse Kranz eröffnete die Konferenz mit einer kurzen Ansprache über den verruchten Anschlag auf unseren Genossen Haase. Dann erstattete Genosse Kranz einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der einzelnen Ortsfilialen. Er betonte hierbei, daß alle Orte noch mehr Tätigkeit entfalten müßten, um unsere Partei auszubauen und zu stärken. Die Mitgliederzahl, sowie die Volksblattleser ständen noch in keinem Verhältnis zu der großen Arbeiterzahl im Kreise. Um den Ausbau der Partei vorzunehmen, sei es notwendig baldigst eine eigene Presse zu errichten. Hierzu habe sich eine Genossenschaft gebildet. Er gibt den Leitern der Ortsfilialen mit auf den Weg, möglichst viel Genossenschafter zu werben, damit das Projekt baldigst verwirklicht werden könnte. Es sind im Kreise 15 Ortsfilialen mit 1244 männlichen und 253 weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen, zusammen 1497 Mitglieder. Gemeindevertreter haben wir 81 männliche und 4 weibliche, Kreisvertreter 9 und 1538 Volksblattleser.

In der Diskussion wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß der Kreis mehr durch auswärtige Referenten besucht werden müßte. Vom Bezirk aus wäre hier in letzter Zeit recht wenig getan worden. Genosse Peters vom Bezirkssekretariat Halle erklärte, daß das Sekretariat stark belastet sei und daß es oft an geeigneten Referenten gefehlt habe. Für die Zukunft versprach er jedoch Abhilfe. Es sei recht erfreulich, daß die U. S. P. es in kurzer Zeit auf über 50 neue Parteiblätter gebracht habe, es sei auch erfreulich, wenn sich in Wittenberg eine Genossenschaft gebildet habe, für eine eigene Presse sei jedoch der Kreis noch nicht reif. Dieser Ansicht konnten sich die Genossen aber nicht anschließen, denn allgemein kam zum Ausdruck, daß man eine eigene Presse errichten, und mit allen Mitteln für das Projekt arbeiten wolle.

Ueber den kommenden Parteitag sprach ebenfalls in längeren Ausführungen der Genosse Peters. In seinen Ausführungen besprach er das Programm der U. S. P. Er wünscht baldigen Zusammenschluß der beiden links stehenden Parteien, um möglichst schnell das Rätesystem und die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen. Er hält es auch für eine Notwendigkeit, den Anschluß der Partei an die dritte Internationale vorzunehmen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige Konferenz erklärt, daß es eine Notwendigkeit ist, den internationalen Zusammenschluß des revolutionären Proletariats herbeizuführen. Die Konferenz erwartet vom Parteitag, daß er in richtiger Erkenntnis des Notwendigen den Anschluß der Partei an die dritte Internationale vornimmt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191016-11/fragment/page=0005

Als Delegierter auf den Parteitag wurde einstimmig Genosse Harzke gewählt. — Zur Kalenderverbreitung führte der Kreisvorsitzende aus, daß noch mehrere Distriktsleiter keine Bestellung auf die Kalender **vorgenommen hätten. Er forderte auf, dieses noch nachzuholen und** für tüchtige Verbreitung zu sorgen. **Mit einem kräftigen Schlußwort schloß Genosse Kranz die von gutem Geiste beseelte Konferenz.**

Papitz. Maskierte Räuber gegen kapitalistische Spielratten. Das Dorf Papitz, zwischen Leipzig und Schkeuditz gelegen, **war von Leipziger Kapitalisten, von vornehmen Nichtstuern und Tagedieben der hohen Ehre gewürdigt worden, einen Spielklub modernsten Genres zu beherbergen.** Wahrscheinlich glaubten die Herren, hier, in ländlicher Zurückgezogenheit, sich gegenseitig ungestörter die Kriegsgewinne abnehmen zu können. Aber nicht nur das Leipziger Pflaster **ist manchmal heiß, auch in Papitz wandelt niemand ungestraft unter Palmen.** Die arkadische Einsamkeit der Spielratten wurde, wie W. T. B. meldet, von 10 mit Revolvern und Gummiknüppeln bewaffneten, maskierten Räubern in Uniformen gestört. Diese modernen Nachkommen Robin Hoods ließen die Herren Kapitalisten in Reih und Glied antreten, gaben einige Schreckschüsse ab, sodaß manchem Herrn wohl die Knie geschlottert haben werden, und plünderten dann die Klubmitglieder aus. Es wurden 50- bis 60 000 Mk. geraubt. Die Räuber verschwanden auf einem mitgebrachten Wagen, ohne daß sie irgendeine Spur hinterließen, und die Kapitalisten, denen auf so grausame Weise das Vergnügen gestört wurde, werden wohl die moralische Ueberlegung angestellt haben, daß es doch eine Gemeinheit ist, andere Leute auszuplündern!

Eisleben. Kreiskonferenz der U. S. P. der Mansfelder Kreise. Am Sonntag tagte eine Konferenz der Parteivereine der U. S. P., in der man sich hauptsächlich mit der Zeitungsfrage im Kreise beschäftigte. Es haben sich Differenzen zwischen den Eisleber und Hettstedter Genossen ergeben, da in dem einen Orte die Mansfelder Volkszeitung im anderen die Morgenröte als Organ der U. S. P. erscheint. Die Hettstedter Genossen verlangen den Mansfelder Gebirgskreis als Verbreitungsgebiet für die Morgenröte, womit wiederum die Freunde der Mansfelder Volkszeitung nicht einverstanden sind. Die Konferenz zeigte jedoch nach längerer Aussprache, daß der Wille zur Einigung im Interesse der Partei bei beiden Teilen lebendig ist. Eine Konferenz der Vereinsvorstände im Verbreitungsgebiet der Morgenröte soll in Gemeinschaft mit den Genossenschaftlern über endgültige Trennung oder Verschmelzung der Unternehmungen beraten. Diese Konferenz soll eine Kommission bestellen, welche den Eisleber Genossen die Beschlüsse übermitteln wird. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Mansfelder Genossen bald die Zeitungsfrage in einem Sinne geregelt haben werden, der allen Teilen gerecht wird.

Eilenburg. Magistrat und Einwohnerwehr. Die Saale-Zeitung behauptete in einem Artikel über die beabsichtigte Gründung einer Einwohnerwehr, daß in Eilenburg ein „Lokalkrieg" zwischen Militär- und Zivilverwaltung drohe, weil die Stadt entgegen den Anordnungen der Regierung von einer Einwohnerwehr nichts wissen wolle. Die Absicht der Denunziation liegt bei diesem Hetzartikel des angeblich „demokratischen" Blattes klar zutage. Der Magistrat von Eilenburg, in dem unsere Genossen bekanntlich ebenfalls stark vertreten sind, wenn auch nach ihrem Einfluß in der Bevölkerung immer noch nicht stark genug, wendet sich mit folgender Entgegnung gegen den Artikel:

Die Annahme des Artikelschreibers trifft nicht zu, daß es sich um einen kleinen Privatkrieg zwischen Garnison und Stadtverwaltung handelt. An beide ist die Staatsregierung mit dem Ersuchen herangetreten, eine Einwohnerwehr zu gründen. Der Magistrat und die städtische Finanzdeputation haben pflichtgemäß eingehend das Für und Wider der Errichtung einer Einwohnerwehr behandelt und sind einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Schäden einer solchen die Vorteile in Eilenburg überwiegen würden. **Die überwiegende Masse der Eilenburger Arbeiterschaft gehört der Unabhängigen Sozialdemokratie an,** die nicht hinter der gegenwärtigen Regierung steht und daher **nach den Bestimmungen grundsätzlich von der Mitwirkung bei der Einwohnerwehr ausgeschlossen ist.** Würde unter diesen Verhältnissen eine **Einwohnerwehr in Eilenburg an sich schon bei der voraussichtlich geringen Zahl ihrer Mitglieder einen entscheidenden Faktor nicht** darstellen können, so schien es den Vertretern der Stadt **zweckmäßiger, den Führern der Arbeiterschaft, die versicherten,** daß zu einer Beunruhigung keine Veranlassung vorliege, Vertrauen entgegen zu bringen, als durch eine Wehr, von der die **große Masse der Arbeiterschaft ausgeschlossen wäre, bei dieser** unnützes Mißtrauen zu erregen. **Das bisherige Verhalten der Eilenburger Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie Vertrauen verdient.** Dies sind die Gründe, die Magistrat und Finanzdeputation dazu bestimmt haben, von der Errichtung einer städtischen Einwohnerwehr abzusehen. Der Standpunkt der städtischen Verwaltung ist dem Garnisonkommando mitgeteilt worden. Von einem Lokalkrieg zwischen Militär- und Zivilbehörde ist uns nichts bekannt. Der Magistrat. Dr. Belian.

Landsberg. Der geladene Revolver in der Schublade ist schon manchem Menschen zum Verderben geworden. Im benachbarten Schwätz fiel der Gutsbesitzer Franz Schumann einem solchen Unglücksfall zum Opfer. Sein geladener Revolver lag in einer Schublade, die er aufzog, um etwas zu suchen. Die Schublade entglitt ihm dabei, fiel zu Boden, der Revolver entlud sich und der Schuß tötete Schumann auf der Stelle.

Wittenberg. An freiwilligen Beiträgen gingen ein: L. 7301, 40 Mk.. L. 7303, 8,10 Mk. L. 7304, 17,20 Mk. L. 7305, 22 Mk. L. 7306, 22 Mk. L. 7307, 28,35 Mk. L. 7308, 13 Mk. L. 7310, 20,55 Mk. L. 7311, 74 Mk. L. 7312, 5 Mk. L. 7313, 17 Mk. L. 7314, 31 Mk. L. 7315, 29,50 Mk. L. 7318, 8,50 Mk. L. 7319, 3,25 Mk. L. 7320, 55,50 Mk. L. 7321, 21 Mk. L. 7323, 7 Mk. L. 7324, 24,50 Mk. L. 7326, 13,50 Mk. L. 7327, 3,40 Mk. L. 7329, 14 Mk. L. 7331, 1 Mk. L. 7332, 23,50 Mk. L. 7333, 11 Mk. L. 7334, 31 Mk. L. 7335, 33 Mk. L. 7340, 48,50 Mk. Die Kreisleitung.

Liebenwerda. Um die Butterversorgung zu sichern, beschloß der Kreisausschuß in der letzten Sitzung den Zwangsanschluß aller säumigen Gemeinden an die Molkereien wieder einzuführen. Viele dahingehende Forderungen sind schon von der Arbeiterschaft gestellt worden. Es wurde dem Kreisausschuß mitgeteilt, daß sich die Bauern dem Beschluß kaum fügen werden, und es ist mit dem schärfsten Widerstand der jetzt selbst butternden Landwirte zu rechnen. Es sollen täglich zwei Liter Milch für die Kuh abgegeben werden, abzüglich der dem Selbstversorger gesetzlich zustehenden Milchmenge. Es ist sehr leicht denkbar, daß die Bauern sich auch an diesen Beschluß wenig halten und ruhig weiterwursteln. Den mindebemittelten Kreisbewohnern, sowie den Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen mit Kindern soll aus den Ueberschüssen der Häuteverwertung des Kreisschlachthauses billiges Leder zu Schuhwerk vermittelt werden. Die Gemeindebehörden haben die Kontrolle darüber, daß kein Wucher damit getrieben werden kann. Es kommt monatlich für etwa 10 000 Mk. Leder in Frage.

Delitzsch. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Bei einer am Freitagnachmittag in der Maschinenfabrik von Schröter erfolgten Explosion eines noch nicht völlig entleerten Benzinfasses wurde der Schlosser Vierenklee so schwer am rechten Fuße verletzt, daß der Fuß abgenommen werden mußte. Durch die Explosion waren die Fensterscheiben der umliegenden Gebäude zertrümmert worden.

Prestewitz. Ein neuer Parteiverein. Zur Gründung eines U. S. P.-Vereins fand hier am letzten Sonntag eine allgemeine Arbeiterversammlung statt, zu der auch Arbeiter aus den umliegenden Ortschaften sich eingefunden hatten. In 1½-stündigem Vortrag über die jetzige politische Lage sprach Genosse Naumann-Mühlberg und legte den Anwesenden die harten Kämpfe der um ihre wirtschaftliche und politische Freiheit kämpfenden Arbeiterschaft klar. Der Kampf der Arbeiterklasse sei ein Machtkampf, den die revolutionäre Arbeiterschaft nur gewinnen könne, wenn sie einig und geschlossen den alten Machthabern gegenüber standhält und den Kampf mit Zielklarheit entschlossen weiterführt. Besonders interessant waren die Ausführungen des Referenten über die schlechten Ernährungsverhältnisse im Kreise. Scharf klagte er die Pflichtvergessenheit ganzer Gemeinden an, die besonders in der Milch- und Butterversorgung das darbende Volk bis zur Verzweiflung treiben. Er gab diese Gemeinden nach einer Zusammenstellung bekannt. Viele Arbeiter und Frauen schieben in ihrer Unkenntnis den Arbeiterräten und den sozialistischen Vertretern die Schuld in die Schuhe. Genosse Naumann rechnete zum Schluß mit den Volkserwürgern gehörig ab **und betonte die Wichtigkeit des politischen Zusammenschlusses, um** die geistige Waffe der Arbeiterschaft zu schärfen. In der Aussprache wurde die Gründung eines U. S. P.-Vereins beschlossen, **dem sofort 25 Mitglieder beitraten. Als Vorsitzender wurde Genosse M. Urbaniack gewählt.** Die Kassengeschäfte führt Genosse Sommer. **Es wurde noch beschlossen, dem** Gewerkschaftskartell Liebenwerda **beizutreten.** Zwei Genossen wurden gewählt, um für den Anschluß des ganzen Domsdorfer Kohlengebiets zu sorgen. Am 9. November sollen sich alle Arbeiter der Umgegend, besonders auch die hiesigen Bergarbeiter, zu einer wuchtigen Demonstration als Protest gegen die jetzigen Zustände in Liebenwerda zur Massenversamlung einfinden. Die anwesenden Genossen von Domsdorf wünschen eine gleiche aufklärende Versammlung für die dortigen Bergarbeiter, die in nächster Zeit stattfinden wird. Für den Kampffonds des Kreises zur bevorstehenden Reichstagswahl wurden auf Sammellisten 83 Mark gesammelt. Arbeiter **von Prestewitz schließt euch eurer Organisation an!**

Gewerkschaftliches.

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter

hat sich dadurch weiter erheblich verschärft, daß sich ihm die Maschinisten und Heizer angeschlossen haben. Wie der Verband der Maschinisten und Heizer mitteilt, ist die Antwort des Reichsarbeitsministeriums auf das Ultimatum unbefriedigend ausgefallen, so daß am Mittwoch von 3 Uhr ab die Maschinisten und Heizer aller Groß-Berliner Betriebe in den Ausstand traten. Bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, sowie bei allen lebenswichtigen Betrieben wird weitergearbeitet, so daß eine Störung in der Gas-, Licht- und Kraftversorgung nicht eintritt. Auf das neue Eingreifen des Reichsarbeitsministers hin hatte der Verband der Metallindustriellen heute eine erweiterte Vorstandssitzung abgehalten, bis zur Stunde ist aber noch kein positives Ergebnis zustandegekommen, es ist jedoch unverkennbar, daß die Metallindustriellen nicht gewillt sind, ihre Haltung durch das Ultimatum der Maschinisten und Heizer an das Reichsarbeitsministerium beeinflussen zu lassen.

Nach einer anderen Meldung scheint jedoch Aussicht auf eine Einigung vorhanden zu sein. Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat danach ein Schreiben des Reichsarbeitsministers aus Stuttgart erhalten, in dem die Annahme des Vermittlungsvorschlages vom 8. Oktober nochmals nahegelegt wird. Der Verband hält eine Konferenz ab, in der er zu dem Schreiben Stellung nehmen wird. Die Metallarbeiter haben auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers ihrerseits ihre Stellungnahme auf nachmittag verschoben.

Berlin, 15. Oktober. Die im Verlage von Scherl und Mosse erscheinenden Blätter konnten wegen Streiks heute nacht nicht gedruckt werden.

Der Streik der städischen Hilfsarbeiter in Berlin

dauert gleichfalls unvermindert fort. Im Berliner Rathaus fand am Mittwoch nachmittag eine Konferenz über die Streiklage statt, in deren Verlauf Oberbürgermeister Wermuth unter anderem ausführte: Es ist ein gefährlicher Augenblick, den sich die Hilfskräfte zum Streik ausgesucht haben. **Die ganze Versorgung der Groß-Berliner Bevölkerung ist in Frage gestellt.** Nehmen wir nur die Kartoffelversorgung an. Sie hat gerade eingesetzt, und zwar unter schwierigsten Verhältnissen. Wenn hier eine Stockung eintritt, setzt sie sich bis zum Erzeuger fort. Eine solche Stockung im gegenwärtigen Moment ist nicht wieder gutzumachen. Sehr schlimm steht es mit der Kohlenversorgung. **Die Gasversorgung kann jeden Moment zum Stillstand kommen** oder für den ganzen Winter auf das allerböseste gestört werden. Der Magistrat ist den Hilfskräften soweit als möglich entgegengekommen. Der Streik erstreckt sich bisher auf Berlin und Neukölln.

Die kaufmännischen Angestellten der Breslauer Damen-Konfektion beschlossen, von heute an in den Ausstand zu treten.

Unter den bedeutenden Neueingängen finden Sie preiswerte **Damen- u. Kinderhüte** in all. Farben u. Formen. Beachten Sie bitte nebenstehendes Angebot

FILZHÜTE 14, 21, 28, 37, 47 M. **VELOURHÜTE** 45, 68, 73, 85, 98 M. **SAMMETHÜTE** 65, 55, 45, 35, 29 M. **ZYLINDERHÜTE** 120, 98, 85, 75 M.

Pelze aller Art werden sauber und preiswert umgearbeitet.

5154 Hedwig Erdmann vorm. **EMMA ZINCKE** am Markt, Ecke Große Klausstraße u. Graseweg.

Restaurations-Eröffnung.

Der geehrten Nachbarschaft, Freunden, Bekannten und Gönnern zur Mitteilung, dass ich das Lokal *2378

Hordorfer Strasse 3,

„Gemeindeschenke", neu eröffnet habe.
Für Küche und Keller wird bestens gesorgt.

Eröffnung: Freitag, den 17. Oktober 1919.

Ich bitte, das mir im alten Lokal, Röserstr. 4, entgegengebrachte Vertrauen auch in meinem neuen Unternehmen gütigst entgegenzubringen. **Hermann Gebhardt** u. Frau.

Von Freitag, den 12. Oktober, früh 7 Uhr, steht ein großer Transport

prima Ferkel, Läufer- und großer Futterschweine preiswert zum Verkauf.
B. Bruchardt, Trothaer Straße 4. Telephon 3569. 5162

Roßfleischwurst-Verkauf.
Morgen Freitag:
Markenfreie Blut- u. Leberwurst.
Teichler & Zörner, 5168
Schleifweg Nr. 5c (Nähe Volkspark).

WER trotz der teuren Bauweise **BILLIG BAUEN** will, der wendet sich an das Bautechnische Bureau von **Albert Blass,** Merseburg, Oelgrube 5. *8271

Zahn-Atelier Frau v. Schulz
Sprechstunde v. 9-6 Uhr abds.
Steinweg 2. 4698
Im Hause d. Kgl. Standesamtes.

Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Sorten Felle, Rosshaar u. Wolle kauft zu höchsten Preisen
A. Weise, 4700
Pelz- u. Fellhandlung.
Rannischestr. 1. Tel. 1667.

Trauerhüte
Trauerschleier
Trauerkrepp
in stets grosser Auswahl empfiehlt 4702
B. Christ,
Marktplatz 22.

Karbid, 5148
Pfd. 1.10 Mk., erstklassige Karbidtischlampen.
Decken Sie Ihren Bedarf zur rechten Zeit.
Karbid-Wurmstich, Merseburger Str. 163.

Ausgekämmte Frauenhaare
Kilo 25 Mk. Merseburger Str. 103, II., Reinicke. *3020

Kopfläuse u. Brut *3019
vernichtet
Lausto 3fach stark geruchlos
Flasche 2.75 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neopharm, Hannover 46.

Leisten,
große Auswahl, mod. Formen. 5157
Paul Andersch,
Magdeburgerstr. 8.

Zu verkaufen:
3 Damenjacketts,
1 Kostüm, 5161
3 Blusen, Hüte usw. usw.
Anfragen unt. V. K. 414 an die Exp. d. Bl. erb.

Pelz-Waren,
Paletots, Mäntel, Kinder-Paletots und Kleider, Kostümröcke, Strümpfe, Taschentüch., Schürzen, Gardinen,
Federbetten.
Auch auf Teilzahlung.
Friedrich Gronau,
Barfüßerstr. 16. 5167

Kostüm, Gr. 42, 2 mod. Backfischhüte zu verkauf. 5150] Volkmannstr. 17, I. l.

Frauenleiden *3264
Auskunft unter „Leben und Gesundheit 1" Berlin SW. 13 postl.

Eine sehr gute **Melkziege** zu verk. Wilh. Peter, Schmiedstraße 36. 5110

2 kl. Handwagen billig zu verkauf., 2—5 Zentner Tragkraft. 5152
Berger, Schmiedstr. 25, II.

Frettchen
zu verkaufen Brachwitzer Straße 2. 5145

Ein *2373
Arbeitsbursche,
welcher auch mit Pferden umzugehen versteht, wird für sofortigen Antritt ges.
H. Lichtenfeld,
A.-Radewell, Hauptstr. 3.

Haus- u. Stallmädchen
Emilie Hagelganz,
gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Halle a. S., Leipziger Str. 4 II. 5146

Sauberes, freundl. junges Mädchen f. leichte Hausarbeit u. Besorg. von Geschäftswegen sof. ges. 5163 Beesener Str. 17, i. Laden.

Eine einfache 5156
Stütze
zum 1. Nov. gesucht.
S. Bilетzky,
Zwingerstrasse 1 I.

Aufwartung f. d. ganzen Tag gesucht. 5153
Pfännerhöhe 14, prt. l.

Klavier-, Violin-, Mandolin- u. Gitarre-Unterricht erteilt 4699] Wally May, Torstr. 10.

Arbeiter stellen dauernd bei hohem Lohn ein
Reinsdorfer Steinbrüche
Landsberg (Bez. Halle a. d. S.). *3235

Arbeitsmarkt

Schneiderinnen u. Näherinnen
vermittelt kostenlos *3216
Städtisches Arbeitsamt,
Gr. Brauhausstr. 30 I (Passage). Fernr. 5502.

Tüchtige Zimmerleute
für Gerüstbau, sowie mehrere tüchtige
Montagearbeiter *3266
Schlosser, Schmiede, für Abbruch der Saalebrücke Weißenfels, werden sofort eingestellt. Näheres daselbst. Montagemeister Simmen.

Zimmerer
stellt ein *3268
J. C. Mebus, Baugeschäft, Ammendorf.

40 Maurer
stellt ein *3265
Paul Hoffmann, Baugeschäft, Bitterfeld, Antonistrasse.

Tüchtige Tischler
werden sofort für dauernd gesucht.
— Stunde 2.50 Mk. und mehr. —
Herm. Wachter, Hofmöbelfabrik, G. m. b. H., Naumburg a. S., Gr. Jakobstrasse 26. *3270

Tischler
für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn sofort gesucht. *2372
Gustav Albrecht, Roitzsch-Bitterfeld.

*3136

Ein Treffer!
Ziehung am 7. und 8. Novbr. 19. der
Geldlotterie
zu Gunsten d. Pensionsanstalt für Lehrer und Lehrerinnen.
200000
75000
30000
Empfehlen u. versenden auch unter Nachnahme.
Lose à M. 3.40
für Porto und Liste 40 Pfg. mitsenden.
Björnstil & Bansa
Hamburg 25

Bellamy
Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.
Kart. 3 Mk., Porto 15 Pf.
Volksbuchhandlung,
Halle (S.), Harz 42/44.

Brillantring m. kl. Stein, Andenken, verloren 14. 10. Klinikviertel. Abzug. geg. gute Belohnung. [5149
Univ.-Frauenklinik.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219191016-11/fragment/page=0006